

Wolffsche Arbeiter-Zeitung

Montag, 26. September 1932
14. Jahrgang Nr. 220

A

Sport
Heute:
Vom Sonntag!

Erste Seite: 42
Botenlohn = 2,15
monatlich 2,15
gebührenfreie
Sammlungsanträge
meterweise oder
Hauptredaktion in
Breslau, in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Fern-
sprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau
Nr. 644. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60 (Bordow-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 60, Fernsprecher 439 02.

Die Streitwelle steigt weiter!

Wieder neue Streiks gegen Lohnabbau — Die Parole aller Betriebsarbeiter muß sein: Ein Feind
ein Kampf — eine Front! — Einheitsfrontaktion schlägt alle Unternehmerangriffe zurück!

Kampferfolg auch bei Dierig

Langenbielau, 26. September. Die Auslösung des Streiks bei
Meier Kaufmann und Flechtner hat die Kampfkraft der Textil-
arbeiter auch in den anderen Betrieben ungeheuer gestärkt.

Wir berichteten schon, daß in der Druckerei der Firma Dierig vor
kurzer Zeit Entlassungen stattfanden, und jetzt wieder Neu-
einstellungen erfolgen. Außerdem hat man drei Schichten eingeführt,
pro Schicht sechs Stunden, Sonnabend 5½, also 35 Stunden
die Woche.

Die Empörung unter der Abteilung wuchs ungeheuer, und man
verlangte sofortigen Beschluß, ob die Firma von der 30. Stunde ab
den Lohn kürzen werde.

Die gesamte Abteilung, zirka 150 Mann, legte darauf am
Sonnabend vormittag die Arbeit nieder. Geschlossen fanden
alle, ob Freigewerkschaftler oder Unorganisierte, Christliche
oder Naziproleten, im Kampf gegen Lohnraub.

Der Betriebsrat wurde sofort bei der Direktion vorstellig und
drückte die Forderungen der Abteilung vor. Zweifellos auf den Druck
der Abteilung und das geschlossene Auftreten gab der Vertreter der
Firma die Erklärung ab, daß kein Lohnabbau vorgenommen werden
würde.

Die Stimmung unter der Belegschaft ist glänzend. Überall hört
man nur eine Meinung, wenn es die Dierigs wegen sollten, die Löhne
abzubauen, wird die Arbeit sofort eingestellt. Die Druckereiarbeiter
dürfen sich durch die Mandate der Dierigs nicht täuschen lassen. Für
sie sowie die gesamte Belegschaft heißt es jetzt, die Kampfvereinigungen
zu steigern, denn im geeigneten Moment werden auch die Dierigs
zum Angriff übergehen.

Diegnitzer Arbeitsdienstler erkämpfen Lohnerhöhung!

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Diegnitz, 26. September. Beim Arbeitsdienst, Poststelle Weinberg
(Wehr), ist am Mittwoch Nacht. Gegen 10 Uhr rief uns die Meise
des Kameradschaftsführers zur Löhnung. Mit den Worten „Antreten
zum Lohnempfang“ mußten wir uns in zwei Gliedern aufstellen. Als
die ersten ihr Geld hatten und den anderen ihre 6 Mark zeigten, ging
das Mehern los. Die Veruhigungsversuche des Kameradschafts-

führers hatten keinen Zweck mehr, die Verbitterung war zu groß
geworden. Es ist schon die dritte Woche, wo wir für eine Mark pro
Tag arbeiten müssen, wo uns doch 1,55 Mark versprochen worden sind.
Sofort wurde beschlossen, mit der Arbeit aufzuhören und im Büro
unsere Forderungen vorzubringen. Der Kameradschaftsführer ver-
suchte uns mit den Worten: „Wer die Baustelle verläßt, wird ent-
lassen!“ zu halten, aber das nützte nichts. Wir zogen uns an,
schnappten unsere Räder und fuhren los. An der Baustelle Tohnau
machten wir halt und erzählten unseren Kollegen den Beschluß. Die
rufen uns zu: „Bravo“, „So ist's richtig“, „Wir würden es genau so
machen“ usw. Es war schon eine kleine Demonstration, als wir
25 Redigen und spezialen Jungarbeiter im Wärfemarsh durch die
Stadt ins Büro des Arbeitsdienstes fuhren. Dort angekommen, empfing
man uns: „Na, was wollt ihr denn?“ Wir brachten unsere Forderung
vor und verlangten die Auszahlung des versprochenen Geldes. Mit

vielem Schmutz versuchte man uns auch dort zu halten. Als dieses
aber nichts nützte, erklärte man uns, wenn das nicht paßt, der hinter-
läßt seinen Namen, holt morgen früh sein Geld und ist aus dem
Arbeitsdienst ausgeschieden. Der Schreiber hatte erst den vierten
Namen notiert, als schon wieder eine Änderung eintrat. Es folgte
der Erfolg unseres geschlossenen Auftretens. Wir bekommen sofort für
alle geleisteten Arbeitstage pro Tag 20 Pfennig Nachzahlung. Bis
zum nächsten Mittwoch ist die Sache mit unserem Lohn geregelt.

Für alle Arbeitsdienstler ist dies ein Beispiel des erfolgreichen
Kampfes. In geschlossener Front müssen in allen Arbeitsdienstlagern
die Jungarbeiter zusammenstehen und für die Erfüllung ihrer For-
derungen kämpfen. In allen Diegnitzer Arbeitsdienstlagern müssen sofort
Delegierte gewählt werden für die Konferenz gegen Arbeitsdienst am
2. Oktober.

Streikverbots-Drohung!

Selbst Streikverbote unter Bismarck haben sich als unwirksam erwiesen!

Berlin, 26. September. (Eig. Drahtber.) Der Reichsarbeits-
minister Schäffer hatte ein Interview mit dem Vertreter des
ADG am Sonnabend, wo er eine Erklärung zu dem gegenwärtigen
Lohnkampf abgab. Er stellte zunächst fest, daß bei dem Kampf „die
kommunistisch gesinnten Arbeiter“ die Führung haben. Er forderte
von den Gewerkschaftsführern, daß sie gegen den Kampf der Arbeiter
offen auftreten sollen. Wenn die Unternehmer unter Berufung auf
die Möglichkeiten der Rahn-Notverordnung niedrigere Löhne schaffen
wollen, als in den von ihnen selbst unterschriebenen Tarifverträgen
festgelegt ist, so ist das nach Schäffer „ein voller Erfolg der tarif-
lichen Verpflichtungen“. Die Arbeiter aber, die sich gegen einen von
Unternehmern diktierten Lohnabbau wehren, machen sich nach
Schäffer einer Verletzung der tariflichen Verträge schuldig. Dieser
Rechtsauffassung fügte Schäffer den Hinweis auf „Folgen“ bei, wenn
die Streikbewegung sich vergrößert. Ferner gab Schäffer noch das
Urteil ab, daß diejenigen Arbeiter, die gegen den Lohnabbau kämpfen,
den Arbeitslosen das Recht auf Arbeit verwehren wollen. In Wirk-
lichkeit wendet sich die kämpfende Arbeiterschaft keineswegs gegen
das Recht der Erwerbslosen auf Arbeit.

Die Arbeiterschaft fordert, daß die Arbeitslosen wieder Beschäf-
tigung zu menschenwürdigem Lohn erhalten sollen. Die kommunistische
Partei hat nicht zuletzt mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm den

Weg dazu gezeigt und sie fordert zu diesem Zweck die Millionärsteuer.
Das Wirtschaftsprogramm der Rahn-Regierung kann aber den Mil-
lionen Arbeitslosen nicht Arbeitsmöglichkeit und Brot schaffen. Die
Arbeitslosen und Betriebsstätigen wenden sich gegen jede weitere Lohn-
kürzung; die Löhne sind schon während der zwei Jahre Brüning-
Diktatur auf ein unerträglich niedriges Niveau gesenkt worden; eine
weitere Lohnkürzung würde die Existenz der Arbeiterfamilien in
Frage stellen, und auch die Arbeitslosen lehnen es ab, für Löhne zu
arbeiten, mit denen sie nicht existieren können.

Gemeinsam kämpfen Arbeitslose und Betriebsstätige gegen Lohn-
und Unterdrückungsabbau, um höhere Löhne und höhere Unter-
stützungssätze. Der Hinweis auf bestimmte „Folgen“ der Arbeits-
kämpfe ist nicht geeignet, die Streikbewegung einzudämmen. Wollen
die Unternehmer etwa die Arbeiter auf Schadenersatz verklagen?
Die Tarifverträge sind völlig durchlöchernd und die Arbeiter sind nicht
in Stimmung, sich mit endlosen juristischen Disputationen hinhalten
zu lassen. Auch die Verschärfung polizeilicher Maßnahmen würde
nur das Gegenteil dessen bewirken, was die Unternehmer erreichen
wollen. Selbst Streikverbote haben sich unter Bismarck und Wil-
helm II. als völlig unwirksam erwiesen. Ein weiterer Lohnabbau
ist unerträglich, darin sind sich die Arbeiter und Arbeitslosen einig.

Niemand kann die Arbeiter zum arbeiten zwingen, wenn
sie nicht wollen!

Nichts kann die Arbeiter daran hindern, in jedem Betrieb ihre For-
derungen an die Unternehmer zu stellen und dafür in einheitlicher
Front zu kämpfen. An der Einheitsfrontaktion der Arbeiter werden
sich die Unternehmer die Zähne ausbeißen.

Neue Streiks im Reiche

Hamburg, 25. September. (Eig. Bericht.) In Krefeld
(Schleswig-Holstein) endete der Streik im Lederwerk
Hallenstein & Co. mit einem vollen Erfolg, nachdem die
Verbundung von Streikbrechern mißglückt war. Der Lohnabbau
wurde zurückgenommen, Maßregelungen finden nicht statt. Die
Haltung der Erwerbslosen, die trotz Drohung mit schweißent-
lichem Unterdrückungsentzug nicht zu Bewegungen waren, Streikbruch-
arbeit zu leisten, hat wesentlich zum Sieg beigetragen.

Der Streik in der Kunstdünger-L.G. „Rhenaia“ in
Brunsbüttelkoog endete ebenfalls mit der Zurücknahme
des Lohnabbaus und Verzicht auf Maßregelungen.

In Hamburg-Billstedt, wo die Arbeiterinnen der
Zutefabrik geschlossen im Streik stehen, sah sich die Direktion
der Müller Werke, des zweitgrößten Betriebes von Bill-
stedt, insofern der Streikstimmung der Belegschaft gezwungen, eine
Erklärung zu veröffentlichen, daß sie keinen Lohnabbau
auf Grund der Notverordnung durchzuführen
werde.

In der Gauhäger Spinnerei bei Leipzig versuchte
die Firma auf Grund der Rahn-Notverordnung einen Lohnabbau
zu diktiert. Die Belegschaft beschloß daraufhin, sofort in den
Streik zu treten. Angesichts dieser entschlossenen Kampfbereit-
schaft zog die Direktion den Lohnabbaubeschluß zurück.

Die Metallfirma Jenzsche & Kreyz in Leipzig
versuchte der Belegschaft einen Lohnabbau zu diktiert. Die
Arbeiter beantworteten diese Maßnahme mit der sofortigen
Kampforganisierung und ersetzten durch ihre Belegschaft
die Zurücknahme des Lohnabbaus.

Streik der Steinseker in Kosel

Die Bürokratie des Steinarbeiterverbandes sabotiert den Kampf — Arbeiter, übt Solidarität
im Streikkampf!

Kosel. In Kosel werden zurzeit Straßenbauarbeiten ausgeführt
und zwar auf der Bahnhofstraße von der Firma Baumer u. Lösch,
Oppeln, mit 9 Sechern und 5 Kammern und auf der Wiegshäger-
straße von der Firma Mathies, Hindenburg, mit 33 Steinsechern und
12 Kammern. Beide Firmen zahlten den Sechern 86 Pfg. die Stunde
und den Kammern 66 Pfg. die Stunde. Als die Firmen nun am
Mittwoch, den 21. September, den Lohn für die Secher auf 60 Pfg.
die Stunde und für die Kammer auf 40 Pfg. die Stunde abbauten,
bei gleichbleibender Leistung, traten die Secher und Kammer der
Firma Mathies, Hindenburg, in den Streik. Am nächsten Tag legte
auch die Belegschaft der Firma Baumer u. Lösch die Arbeit nieder
und trat in den Streik. Beide Belegschaften stehen geschlossen im
Streik. Die Arbeiter beider Firmen sind zum großen Teil im
Deutschen Steinarbeiterverband organisiert.

Die Belegschaft wandte sich an den reformistischen Gewer-
schaftsführer Piefke und ersuchten ihn, sofort mit ihnen in Ver-
bindung zu treten, um weitere Maßnahmen zur Durchführung und
Weiterführung des Streiks zu treffen. Dieser erklärte den Arbeitern,
keine Zeit zu haben, da er nach Breslau und Berlin zu Verhand-
lungen müsse, obwohl Gewerkschaftsführer Senft vom Bau 3 ein-
springen konnte.

Das Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie zeigt, daß sie nicht im
geringsten gewillt ist, den Verbandskollegen im Streik beizustehen,
sondern offensichtlich den Streikkampf der Steinarbeiter sabotiert.

Als die Steinarbeiter weiter ausharrten und der erste Sabotage-
akt der Gewerkschaftsbürokratie scheiterte, wurde ihnen am Freitag,
dem 23. September, durch die Gewerkschaftsbürokratie erklärt, daß

der Kampf keinen Zweck habe und sollten die Arbeit für den gefährzten
Lohn aufnehmen. Diese Zumutung der Gewerkschaftsführer wurde
von den Steinarbeitern geschlossen abgelehnt, so daß der Streik weiter
geht.

Man hat gegen die Steinarbeiter die Entlassung ausgesprochen,
und man bemüht sich jetzt Streikbrecher aus Mitteldeutschland zu ver-
mitteln, die am Montag, dem 26. September, die Arbeit als Streik-
brecher aufnehmen sollen.

Die Erwerbslosen von Kosel müssen gemeinsam mit den Stein-
arbeitern Solidarität üben und verhindern, daß Streikbrecher den
Steinarbeitern in ihren Kampf in den Rücken fallen. Hier muß der
Massenstreik der Erwerbslosen gemeinsam mit den Steinarbeitern
einsetzen und eine breite Solidaritätsaktion der gesamten Koseler Ar-
beitererschaft um dem Streik der Steinarbeiter gegen die Sabotage und
Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zum Siege zu verhelfen.

Streik der Bauarbeiter in Mittelschlesien

Die mit dem hiesigen Neubau beauftragte Baufirma erließ am
Mittwoch nach Feierabend eine Bekanntmachung, daß der Lohn um
50 Prozent gekürzt wird. Die Bauarbeiter erschienen am nächsten
Morgen wohl auf der Baustelle, erklärten aber, keinen Handgriff zu
machen und nicht eher mit der Arbeit zu beginnen, bis der Lohnabbau
zurückgenommen sei. Durch das geschlossene Auftreten der Bau-
arbeiter, sah sich der Bauunternehmer gezwungen, den Lohnraub
zurückzunehmen.

Glänzender Kampferfolg bei Petersdorff

Arcelow, 26. September. Wie schon in der letzten Nummer der „Arbeiter Zeitung“ mitgeteilt wurde, haben die Arbeiter Petersdorff schon seit 11 Tagen eine angebotene Lohnabgabe von 20 Prozent der Lohnsumme durch die Initiative der KGD, unter der Leitung der Gewerkschaften, mit einer einstimmigen Entscheidung, die sofort den Unternehmer die Forderungen der Belegschaft anzunehmen sollte. Die Verhandlungen dauerten am Freitag aus freien Willen der Gewerkschaften des Deutschen Metallarbeiterverbandes Werner, Vertreter der größten Gewerkschaften, über die Verhandlungen der Lohnkommission mit dem Unternehmer einen letzten Schritt, der Vertreter der Betriebsversammlung gezwungen war, sich den Forderungen der Belegschaft anzuschließen und auf den Antrag der Lohnkommission einzugehen, hat dieser Gewerkschaftenvertreter hinter dem Rücken der Belegschaft und der Lohnkommission Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Gewerkschaften als Tarifvertragsparteien ohne Wissen der Belegschaft für Samstag, den 24. September, angeordnet. Da er den Termin nicht einhielt, bis zu welchem er den Antrag der Lohnkommission ausführen sollte, mobilisierte diese noch am Freitag mit Unterstützung der KGD, die Belegschaft und kündigte an die Geschäftsleitung der Firma Petersdorff ein dringliches Schreiben, unter welches alle Belegschaftsmitglieder der Belegschaft ihre Unterschrift gaben.

Dieses Schreiben hatte folgenden Wortlaut:
 „In der Belegschaftsversammlung der Firma Petersdorff, in der das gesamte Werkstattpersonal anwesend war, wurde eine Verhandlungskommission gewählt, welche das Vertrauen der Belegschaft besitzt und außerdem zusammengefasst ist aus den Vertretern aller gewerkschaftlichen Richtungen. Diese Belegschaftsversammlung beschloss sich mit den von Ihnen vorgenommenen Lohnkürzungen.“

- Wir fordern daher:
1. Anerkennung dieser Lohnkommission, unter Einziehung aller Gewerkschaftsrichtungen einschließlich der KGD.
 2. Wir müssen darauf hinweisen, daß Abmachungen der Geschäftsleitung, welche unter Umgehung dieser Lohnkommission vorge-

nommen werden, für die Belegschaft keinerlei bindende Wirkung haben.
 3. Verhandlungen mit sofortiger Verhandlung zwischen Geschäftsleitung und Lohnkommission, unter Hinzuziehung sämtlicher an der Lohnkommission beteiligten Gewerkschaftsvertreter.
 Die Forderung der Belegschaft ist:

Weiterzahlung des alten Lohnes für alle Gruppen.

Sollte Abreife bis zu Betriebschluss kein Termin für die Verhandlungen auf der oben angegebenen Grundlage der Verhandlungskommission mitgeteilt werden, so muß die Belegschaft daraus die Konsequenzen ziehen.“

Infolge des Truds der Belegschaft erklärte sich die Firma Petersdorff noch Freitag abend zu Verhandlungen bereit. Es gelang ihr jedoch, die Belegschaft um einen Tag hinauszuziehen und sie auf die am nächsten Tage stattfindenden Verhandlungen beim Arbeitgeberverband zu verdrängen. Trotz dieses Manövers war der Unternehmer bei den Verhandlungen am nächsten Tage gezwungen, sämtliche Lohnabzüge zurückzunehmen und in der Damenschneiderei und hinsichtlich des Stücklohnes die Weiterzahlung der alten Sätze zu gewähren und auch die Nachzahlung für die Zeit seit dem Abzug zu bewilligen. Die Herrenmaschneider erreichten die Rückgängigmachung der Lohnabzüge noch nicht, weil die Verhandlungen hinsichtlich des Maßschneidertarifs noch schweben.

Hier ist es die Aufgabe der gesamten Belegschaft, Solidarität zu üben und sofort den Kampf der Herrenmaschneider um ihre alten Löhne zu beginnen, sie in ihrem Kampfe in jeder Weise zu unterstützen und genau so einzutreten für sie, wie die Herrenmaschneider jetzt für die ganze Belegschaft eintreten.

Kollegen! Seid wachsam und organisiert den Kampf gegen neue Versuche der Reformisten, mit Hilfe des Unternehmers Lohnabzüge durchzuführen. Kämpft weiter mit der KGD für erfolgreiche Beendigung eurer neuen Lohnbewegungen.



Ne die Waffe des Streiks handhaben können, der Kampfwille wachsen, die Streikwelle steigen!

Wir haben noch keinen Ueberblick, in wie vielen Fällen es dem Unternehmer vorläufig gelungen ist, den Lohnabbau zu dekretieren. Aber wir wissen bereits jetzt die Belegschaften hin: sie müssen sich gegenseitig in ihrem Kampfe unterstützen, damit auch diejenigen, die nicht sofort den neuen Lohnabbau mit dem Kampfe abgewehrt haben, diesen Kampf aufnehmen und siegreich durchführen können.

Diese Welle von Streiks, die jetzt eingesetzt hat und die weiter steigen wird, bringt ein neues Leben in die deutsche Arbeiterklasse. Sie zeigt den Massen, was die Einheitsfrontvermählung ist. Jetzt ist es notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen alle ihre Kräfte für diese Kampfbewegung einsetzen, damit sie weiter an Kraft gewinnt, weiter vorwärts drängt, damit sie den Lohnabbau selbstzug der deutschen Bourgeoisie wirklich zum Scheitern bringt. Die guten, ja, teilweise glänzenden Erfolge der letzten Tage dürfen nicht die Illusion erwecken, als ob jetzt nun ohne weiteres das Unternehmertum zurückweichen werde; nein, es wird versuchen, den Widerstand der Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu brechen. Darum ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse die höchste Energie entfaltet, um ihren Kampf zu steigern, und daß die Einheitsfrontaktion, die bereits solche Erfolge zeitigen konnte, in allen Betrieben, in allen Orten zu der Kraft wird, welche die Bourgeoisie überwindet!

Betriebsversammlung bei Meyer Kauffmann in Rengersdorf

Heute wird Streikbeschluß gefaßt!

Rengersdorf, Kr. Glas. Im hiesigen Textilbetriebe verhalten die Meyer-Kauffmann-Gewerkschaften ähnlich wie in Langenbielau durch einen erzwungenen Lohnraub ihren Profit zu steigern. So diktierten sie hier eine Lohnkürzung von 6 Prozent. Außerdem sind 4 Schichten eingeführt, was täglich 6 Stunden. Die 24 Stunden des Tages werden somit voll ausgenutzt.

Die Empörung der Arbeiter über diese Maßnahmen steigert sich von Tag zu Tage vor allem deshalb, weil die Bürokratie des Textilbetriebs nicht das geringste dagegen unternimmt. Auf den Druck und den Kampfwillen der Arbeiter hin wird heute eine Belegschaftsversammlung stattfinden, wo zur Frage des Streiks Stellung genommen werden wird.

Nur die Meyer-Kauffmann-Arbeiter von Rengersdorf heißt es in dieser Verlautbarung die sofortigen Gegenmaßnahmen gegen die Unternehmerrückende einzuleiten und den Streikbeschluß zu fassen. Gerade hier haben wir die Aufgabe, daß bereits aus dem Meyer-Kauffmann-Betrieb in Langenbielau — ein Schweißereibetrieb — Werte zum Teil nach Rengersdorf und die anderen Schweißereibetriebe in Wobbeberg und Lamsbäumen gelangt worden ist. Die Protesten in den Rengersdorfer und Lamsbäumener Betrieben sollen also Streik-Forderungen lauten. Dies muß auf alle Fälle verhindert werden. Die Arbeiter der dortigen Betriebe müssen erkennen, daß sie auf keinen Fall ihren Kampfenden Kollegen in Langenbielau in den Rücken fallen dürfen. Hier besteht die Aufgabe: Sofortige Streikernennung des Betriebes, Solidarität mit den kämpfenden Kollegen!

um nicht die gesamten Massen gegen sich aufzubringen; dabei verweigern sie sich zum Teil zu höchst „radikalen“ Phrasen (z. B. Ulrich vor den Berliner Metallarbeitern). Auch die SPD-Presse, die zunächst ängstlich vertrieben hatte, vom Streik überhaupt zu sprechen — geschweige denn zum Streik aufzufordern! — mußte eine Schwankung vornehmen und Solidarität mit den Streikenden erklären.

Es ist klar, daß sich diesmal die Unternehmer in dem Kampfwillen der Arbeitermassen schwer getäuscht haben. Sie schreien jetzt um so lauter, daß die Papen-Regierung die Streiks verbieten soll. Die Regierung hat denn auch sofort eine Mitteilung ergehen lassen, daß jede Unterstützung von Streiks gegen die „Friedenspflicht“ verstoße. Damit soll wohl den Gewerkschaftsbürokraten die saure Arbeit erleichtert werden, die Kämpfe abzumürgen. Aber die Regierung wird nicht den Arbeitern verbieten können, die Arbeit hinzuschmeißen und in den Streik zu treten. Bei den Arbeitern wird vielmehr, je mehr sie sehen, wie erfolgreich

Was tun SPD. und KGD.

Die Direktion der Bohrwerke in Sarteedt (Hansowen) fordert einen neuen Lohnabbau. In einer Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder dieses Betriebes ist tag der SPD-Sekretär Winter vor, seinen Kampf gegen den Lohnabbau zu führen, es würden ja nur 2 Mark wöchentlich abgebaut.

Daraufhin berief die KGD eine Belegschaftsversammlung ein. Da erklärten die unter dem Befehl des sozialdemokratischen Bürgermeisters stehende Polizei im Betrieb und erklärte, daß die von der KGD einberufene Belegschaftsversammlung verboten sei.

SPD-Arbeiter, Gewerkschaftskollegen! Kommt es euch anders geben, als härteste Verteilung dieser Politik der SPD und KGD-Führer, die eine direkte Unterstützung der Politik der Papen-Regierung darstellen!



Berliner Textilbetrieb im Streik

Berlin, 26. September. (Eig. Drahtber.) In der Spinnstofffabrik Berlin-Neuland hat die 500 Mann starke Belegschaft mit einem Erfolg, mit mehr als Dreiviertel-Mehrheit, den Streik gegen Lohnabbau beschlossen und die Arbeit niedergelegt.

Die Streikwelle ist in den letzten Tagen im ganzen Reich hart gestiegen. Es geht offensichtlich eine neue tiefe Bewegung durch die Arbeitermassen. In zahlreichen Betrieben, wo die Unternehmer glaubten, auf der Grundlage der Papenschen Vorordnung den Lohnabbau diktiert zu können, sind sie auf den erbitterten Widerstand der zur Einheitsfront jetzt zusammenschlossenen Arbeiter gestoßen und mußten entweder sofort ihr Hungerdiktat zurücknehmen, oder sie wurden durch den Streik der Belegschaften dazu gezwungen.

Die Einheitsfrontaktion der Arbeiterklasse hat in diesen Tagen eine ganze Reihe glänzender Proben bestanden. Sie hat gezeigt, wie richtig es ist, was wir Kommunisten den Arbeitern gesagt haben: dort, wo die Belegschaften in fester Einheitsfront entschlossen den Kampf aufnehmen, werden sie auch Erfolg haben!

Solcher Beispiele gibt es zahlreiche. Sie sind für die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands von größter Wichtigkeit. Denn sie zeigen nicht nur, daß die deutsche Arbeiterklasse auch heute noch fähig ist, sich zu wehren, sondern sie zeigen vor allem, auf welche Weise diese Kämpfe zu einem Siege für die Arbeiterklasse geführt werden können: durch die Einheitsfrontaktion der Massen!

Wichtigstehend erkennt die Bourgeoisie an, daß die KPD und die KGD, verbunden mit den Millionen der klassenbewußten Arbeiter, die Triebkräfte dieser Kampfwelle sind. Mit besonderem Unbehagen stellt die Kapitalistenklasse fest, daß nicht nur die Mitglieder der freien Gewerkschaften, sondern in zahlreichen Fällen auch die christlichen Arbeiter und in einigen Fällen sogar die nationalsozialistischen Arbeiter in der Einheitsfront mit den Kommunisten stehen. Wie richtig und wie notwendig war doch in dem Manifest der Kommunistischen Partei zur Einheitsfrontaktion der Appell an die christlichen Arbeiter und an die nationalsozialistischen Proletarier zur Einheitsfront gegen den Lohnabbau, der sie genau so frist wie ihre kommunistischen Kollegen!

Die SPD. und die Bürokratie der freien Gewerkschaften haben nicht nur nichts getan für die Organisierung dieser Streiks, sondern sie haben sich in zahlreichen Fällen mit aller Schärfe gegen den Streik gewandt; ja, sie gingen sogar so weit (z. B. in Sarteedt auf den Bohrwerken), daß sie im Bunde mit der Direktion die Polizei mobil machten, um die von der KGD einberufene Belegschaftsversammlung zu verhindern. In anderen Fällen freilich mußten die reformistischen Führer mit dem Strome schwimmen.

Organisierte Streikbruchaktion der Nazis gegen kämpfende Landarbeiter

Der nationalsozialistische „Angriff“ und der „Vorwärts“ brachten am 22. September 1932 die gleichlautende Balkenüberdrift: „Namen gegen Lohnabbau!“ Gleichzeitig aber organisierten nationalsozialistische und sozialdemokratische Führer draußen im Lande den Streikbruch, wenn die Arbeiter entsprechend dieser Losung den Kampf gegen den von der Papen-Regierung vorgeordneten Lohnabbau aufnehmen. Ein typisches Beispiel dafür ist eine große Streikbruchaktion der Nazis, unter Einfluß von Polizei durch den sozialdemokratischen Landrat Eising, auf dem Gute Eichstädt, im Kreis Eberswalde. Dort kämpften die Landarbeiter gegen den von dem polnischen kaiserlichen Gutsherrn durchgeführten Abbau der Deputate und Löhne. Sie sind geschlossen in den Streik getreten. Die Sozialdemokratie hat dem polnischen Gutsherrn 30 SA-Leute als Streikbrecher zur Verfügung gestellt, und der sozialdemokratische Landrat Eising hat zur Verdrängung der Streikspitzen Polizei eingesetzt.

Am Schluß der Donnerstagssitzung des Landtages hat im Auftrag der kommunistischen Fraktion der Genosse Reddermeyer den Antrag eingebracht, die eingeschickte Polizei sofort zurückzuziehen, und verlangt, daß dieser Antrag in der Freitagssitzung zur Tagesordnung gestellt und über ihn Beschluß gefaßt wird. Nationalsozialisten und Sozialdemokraten mühten beweisen, daß die Lösung ihrer Bitter „Kampf gegen Lohnabbau“ Demagogie ist. Die Nationalsozialisten verdrängten das Verlangen des Genossen Reddermeyer durch Streikbruch und ließen durch ihren Fraktionsführer Kube erklären, daß die nationalsozialistische Streikbruchaktion auf dem Gute Eichstädt Schwindel, zummindest eine kommunistische Verdrängung von Landarbeitern sei.

In der Freitagssitzung des Landtages forderte der Genosse Reddermeyer erneut die Beratung des kommunistischen Antrages. Zur Widerlegung der nationalsozialistischen Behauptung, die Streikbruchaktion sei von den Kommunisten erlogen, stellte Genosse Reddermeyer fest, daß die von der Nazi-Gauleitung eingeschickten 30 SA-Streikbrecher seit dem 12. September 1932 auf dem Gute Eichstädt sind. Sie gehören sämtlich dem Sturm 27 aus Neu-Ruppin an. Um die SA-Leute zum Streikbruch zu bewegen, schwindelte ihnen der SA-Führer vor, sie seien nicht zum Streikbruch, sondern zum Schutz der Stellen gekommen. Erst nachdem der Gutsherr einen Balken und ein Schwein geschlachtet hatte, ließen sich die SA-Leute zum Streikbruch bewegen. Drei SA-Leute haben, nachdem sie von den streikenden Landarbeitern auf das Schändliche ihres Verhaltens aufmerksam gemacht worden waren, die Streikbrecherarbeit tief beschämt wieder eingestellt. Auf dem Gute weht die Patentkruzifähne. Unter dem Schutze der vom Landrat Eising eingeschickten Landjäger, arbeiten die SA-Leute für den polnischen Junker. Es herrscht in der Gegend des Gutes ein förmlicher Belagerungszustand.

Genosse Reddermeyer richtet an die Nazis die Frage, ob sie sich angeichts dieser Tatsachen immer noch weigern, den Antrag zur Tagesordnung kommen zu lassen. Der nationalsozialistische Fraktionsführer Kube erklärte darauf: „Jawohl, selbstverständlich widersprechen wir! Was von den Kommunisten mit hässlichen Ausen: Streikbrecher beantwortet wird.“

Die Nazis haben also erneut verhindert, daß ihre Streikbruchschmach vor dem Forum der Landtagsöffentlichkeit verhandelt wird.

Textilarbeiter-Konferenz Wüstegiersdorf ruft zum Kampf!

Wüstegiersdorf, 25. September. Am Sonnabend fand hier eine ausgedehnte Textilarbeiterkonferenz für das Waldenburger Gebiet statt. Die eingehenden Beratungen brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Textilarbeiter entschlossen sind, diesen Lohnabbau mit dem Streik zu beantworten, zeigen aber auch noch, daß die Gewerkschaftsbürokraten und ihre Funktionäre stark zerkleinernd und hemmend gewirkt haben. Nach ausgiebiger Diskussion und Erörterung aller Fragen wurde einstimmig folgende Entschliessung, die am Montag in Form eines Aufrufes vor den Betrieben zur Verteilung gelangt, beschlossene:

Aufruf an alle schließlichen Textilarbeiter!

Die am 24. September in Wüstegiersdorf tagende Textilarbeiter-Konferenz nimmt Stellung zum Lohnabbau in der Textilindustrie und beschließt, alles daran zu setzen, um diesen Angriff auf die Hungerlöhne abzuwehren. Der entschlossene und einheitliche Kampf unserer Kollegen in Langenbielau ist die einzig richtige Antwort und wirkungsvolle Kampfmaßnahme.

Wir fordern:

1. Die sofortige Zurückziehung des durch Anschlag bekanntgemachten Lohnabbaues.
2. Entschädigung bei schlechtem Arbeitsmaterial.
3. Beseitigung des Strafsystems.

Zu diesen Forderungen muß in Betriebsversammlungen sofort Stellung genommen werden. Wir fordern von den Betriebsräten die sofortige Einberufung, um zum Lohnabbau und den Forderungen Stellung zu nehmen und Beschluß zu fassen über die Kampfmaßnahmen. Die dringenden Bestellungen geben die beste Möglichkeit, die Forderungen durchzusetzen. Die Entschlossenheit der Textilarbeiter zum Streik ist vorhanden, nur haben Stramer und seine treuen Funktionäre bisher mit allen Mitteln den Kampf sabotiert und so den Unternehmern in die Hände gearbeitet.

Der Kampf kann nur erfolgreich geführt werden, wenn sofort in jedem Betrieb ein Kampfausschuß gebildet und die besten und entschlossensten Kollegen hineingewählt werden. Die Führung des Kampfes darf nur in den Händen des von der gesamten Belegschaft gewählten Ausschusses liegen, der nur einzig und allein der Belegschaft gegenüber verantwortlich ist. Entscheidungen über Verhandlungsergebnisse und Streikabbruch stehen nur der Belegschaftsversammlung zu.

Bei Ablehnung der erhobenen Forderungen beschließt den Streik!

Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition,
Industriegruppe Textil.

Mit dem festen Gelöbnis, noch alles zu tun, um eine geschlossene Front gegen den Lohnabbau herzustellen und die Waffe des Streiks

zur Anwendung zu bringen, wurde die Konferenz mit dem Gesang der „Internationale“ geschlossen.

Am Montag findet im oberen Betrieb eine Betriebsversammlung statt, wo der Beschluß auf Streik gefaßt werden dürfte, auch dann der untere Betrieb folgen wird.

Schiedspruch auf 8stündige Schichtzeit im Ruhrbergbau

Lohnarif soll um vier Monate verlängert werden

Essen, 26. September. (Eig. Drahtbericht.) Für den Ruhrbergbau hat der Schlichter einen Schiedspruch gefällt, der anstatt der bisherigen siebenstündigen tariflichen Schicht die achtstündige Schicht unter Tage festlegt. Durch Abschluß des Mehrheitsabkommens hat die Gewerkschaftsbürokratie den Weg zu einer Schichtverlängerung geebnet. Der Lohnarif soll nach dem Schiedspruch um vier Monate verlängert werden. Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer haben den Lohnschiebspruch angenommen und den Ar-

beitschiebspruch abgelehnt. Schon morgen finden die Nachverhandlungen in Berlin statt, die der Verbindlichkeitsklärung vorausgehen müssen.

Wieder eine kommunistische Tageszeitung verboten!

Stuttgart, 24. September. (Eig. Bericht.) Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ wurde heute bis zum 8. Oktober verboten.

Eine kommunistische Tageszeitung nach der anderen wird unterdrückt. Angehts der anwachsenden Streikwelle soll den kämpfenden Arbeitern ihre Presse genommen werden. Es gilt, den Proteststurm gegen die systematische Unterdrückung der kommunistischen Presse zu steigern. Insbesondere appellieren wir an die graphischen Arbeiter, die doch überall vom schlimmsten Lohnabbau bedroht sind, die in Folge des reaktionären Kurzes von der fortschreitenden Arbeitslosigkeit erwischt werden, an diesem Kampf aktiv teilzunehmen.

Kein Verbot wird die Einheitsfrontaktion der kämpfenden Arbeiterschaft aufhalten!

Fritz Ebert jr. — ein deutscher Sozialist

SPD. in chauvinistischer Einheitsfront mit Nazis

Auf einer Funktionärversammlung der SPD. in Brandenburg erklärte nach einem Bericht der „Brandenburger Zeitung“ Fritz Ebert, der Sohn des ersten Reichspräsidenten und kaiserlichen Hauptquartiergastes, zur Frage der deutschen Rüstungsnote:

„Gemeinsam mit unseren französischen und belgischen Genossen fordern wir die Erfüllung des Versailler Vertrages, die Herstellung der militärischen Gleichberechtigung aller durch Abrüstung aller. Verweigert die Welt aber die Erfüllung des von ihr feierlich besiegelten Wortes, dann müssen wir den Mut haben, auch als deutsche Sozialisten zu handeln. Harte Entscheidungen stehen so vor uns! Sie zeigen jedem, daß die deutsche Sozialdemokratie, auch wenn sie schärfste Oppositionsstellung gegen eine Regierung bezogen hat, nicht frei ist von Bindungen gegenüber ihrem Volk. Diese Entscheidungen vorzubereiten, damit sie möglichst in unserem Sinne fallen, ist die Aufgabe der Stunde, die rastlose Aufklärungsarbeit von uns fordert.“

Papen kann mit Ebert, dem Sohn, genau so zufrieden sein, wie Wilhelm mit Ebert, dem Vater. Beide lassen ihr „Vaterland“, d. h. das Land der deutschen Kapitalisten in der Stunde der Gefahr nicht im Stich. Beide sind für deutsche Militärrüstungen. Ebert jr. kündigt nichts anderes als die Einreihung der SPD. in die nationalsozialistische Einheitsfront für die Wehrforderungen Schleichers an.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Ihr fühlt euch als internationale Sozialisten! Aber Ebert erklärt sich als deutscher Sozialist, genau wie Hitler, Goebbels, Göring und Co. Könnt ihr noch länger in einer Partei mit „deutschen Sozialisten“ sein? Macht Schluß! Kämpft mit uns in der Einheitsfrontaktion gegen Schleichers Rüstungsforderungen! Diesem Schleicher-Programm keinen Mann und keinen Groschen!

ROTER ARBEITER-SPORT

So soll ertüchtigt werden

Wie bekannt, hat der Reichspräsident von Hindenburg ein „Reichsstrukturium“ für Jugendertüchtigung gebildet, dessen Präsident der General von Stülpnagel ist. Alle bürgerlichen Jugendverbände sowie die Wehrverbände haben ihre Zustimmung bereits gegeben. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, ist auch

das Reichsbanner damit einverstanden;

auch die sozialdemokratischen Sportsführer wollen sich dabei nicht ausschalten lassen.

Nunmehr hat das Reichsstrukturium seine Richtlinien zur Jugendertüchtigung veröffentlicht. Die Veröffentlichung ist zweifellos bestimmt durch die Haltung der französischen Imperialisten, die in diesen Maßnahmen einen Verstoß gegen den Versailler Friedensvertrag erblicken. Darum wird immer wieder betont, daß es sich nicht um eine militärische Organisation handelt, sondern darum, daß man die Jugend „zu den Grundeigenschaften eines wehrhaften Mannes“ erziehen müsse. Der General von Stülpnagel hatte in der vergangenen Woche einem Korrespondenten der Zeitung „Paris Mide“ eine Unterredung gewährt und sich darin über die Ziele der neuen Einrichtung ausgesprochen. Darin betonte er: „Wenn die jungen Menschen durch diese Schulung (zu moralischer und physischer Kraft, zu Disziplin und Kameradschaft) in freier Luft gleichzeitig auch dazu geeignet würden,

gute Rekruten abzugeben, dann wäre das keine schlechte, aber nicht beabsichtigte Wirkung.“

Einfweilen sollen 17 Geländeportlager eingerichtet werden. Dorthin sollen von den Organisationen je 200 Kursteilnehmer geschickt werden, die unter Leitung ehemaliger Offiziere in die Geheimnisse des „Geländesports“ unterrichtet werden sollen und nach beendeter Ausbildung dann ihre Kenntnisse in ihren Organisationen weiter vermitteln sollen. Als Lager sind entweder Gutsböden oder ehemalige Truppenübungsplätze vorzuziehen.

Die Teilnehmer an diesen Kurzen erhalten einheitliche Kleidung. Man hat Drillzeug dabei vorgezogen. Die Ausbildung erfolgt nach folgenden Richtlinien: Gewöhnung an peinliche Ordnung, Körperpflege, einfache Lebensweise, Verzicht auf Bequemlichkeit, Kameradschaft, Gehorsam.

Jetzt heißt es insbesondere für die roten Sportler, heran an die Mobilisierung der sporttreibenden Jugendlichen in den bürgerlichen und reformistischen Verbänden, deren Führer mit den Plänen dieses Reichsstrukturiums durchaus einig gehen. Der Kampf muß gegen diese Militarisierung des Sports mit aller Intensität geführt werden. In reter Einheit muß die sporttreibende Jugend den Kampf führen für freie sportliche Betätigung, für die Schaffung der materiellen Voraussetzungen zum Betrieb von Leibesübungen und Sport.

Die Jugend wehrt sich

Das zeigt die Antwort, die kürzlich Bernstädtler in Düsseldorf auf die Propagandarede des Lehrers für die Jugendertüchtigung a la Stülpnagel gaben. Stürmischer Protest erhob sich bei den Jungarbeitern. Ein Jungarbeiter der SAJ. und des KZJ. geißelten die Verordnungen; einstimmig schlossen sich die Schüler den Ausführungen der beiden Jungarbeiter an, sich nicht in die Geländesportschulen einzulassen.

Überall, wo ihr mit der werktätigen Jugend zusammenkommt, in den Betrieben, auf den Stempelstellen und den Wohngebieten, klärt sie auf über die Pläne der Bourgeoisie und über die Rolle, die die Jugendlichen unter Führung der bürgerlichen und reformistischen Sportführer zur Erreichung dieser Ziele spielen sollen. Je klüger ihr

vorsteht, um so leichter wird es, die Jugend davon zu überzeugen, daß sie sich wenden müssen gegen diese Pläne und sich einreihen in die rote Sporteinheitsfront zum Kampfe gegen Faschisierung und Militarisierung des Sportes.

Achtung, Rot Sport!

Alle Klassenbewußten Arbeiter, welche gewillt sind, sich am Roten Sport zu betätigen, können dieses in der Freien Sportvereingung Nichte-Hannau. Bisherige Sportarten: Fußball und Schach; weitere Sportarten werden folgen. Anmeldungen im RSD-Büro und bei jedem Mitgliebe.

Sport vom Sonntag

Ueberraschend hohe Niederlage von Dels

Dels begann, mit der Sonne im Rücken, sehr vielversprechend. Die ersten zehn Minuten einer leichten Ueberlegenheit schloß die Delsler Genossen, eine Unvorsichtigkeit des Ost-Tormannes auszunutzen, mit dem 1:0 ab. Auch nachher drückt Dels noch weiterhin. Erst allmählich macht sich Fanal frei, gleicht aus, und als in der 36. Minute Ost das 2:1 erzwungen hat, ist der Bann gebrochen. Zwar ändert sich bis zur Halbzeit nichts mehr; nach Wiederanstos trägt Ost aber dann Angriff auf Angriff vor. Und da der Delturm durch die Läuferreihe und diese durch die Verteidigung vorbildlich unterstützt wird, bleiben die Erfolge nicht aus, so daß es am Schluß 6:1 — bei der guten Delsler Mannschaft ein überraschend hohes Ergebnis — heißt. Nicht weniger als fünf Tore schoß allein der Mittelstürmer.

Vorher hatte die zweite Fanal-Mannschaft Dels II ebenfalls 6:1 bezwungen. Fanal hat seine Mannschaft nunmehr verstärkt und es klappte gegenüber den Vorfontagen auch gleich weit besser. — Fanal-Ost III setzte mit einem 4:1 gegen Süd III seine Erfolgsserie fort, nachdem sie am letzten Sonntag Dynamo III 4:0 geschlagen hatten, was hiermit nachgetragen sei. — Fanal-Ost Schüler verloren gegen Fanal-West Schüler 0:1; ihr voriges Sonntagsergebnis war ein 4:0-Sieg über Fortuna Schüler.

Schwarz-Weiß I — Dynamo I 1:0

Beide Mannschaften lieferten sich auf der Augewiese ein flottes und faires Treffen. Dynamo enttäuschte nach der angenehmen Seite und gab Schwarz-Weiß einen gleichwertigen Gegner ab. Das technisch bessere wurde durch Eifer ausgeglichen. Das einzige Tor rangierte aus einem Zuspiel zwischen Einläufern und Mittelstürmer, was letzterer zum knappen Siege ausnützte. Das Treffen wurde bis Schluß weiter verbend durchgeführt, doch beiden Mannschaften gelingt nichts mehr.

Die 2. Mannschaften beider Vereine trennten sich 3:1 für Schwarz-Weiß. Fanal-Ost Handballer konnten einen knappen 2:1-Sieg über Schwarz-Weiß landen.

West I — Bernstädt I 4:0

Das fällige Serienspiel wurde durch den Genossen Keller geleitet und fair und verbend für die Bewegung durchgeführt. Die Gäste aus Bernstädt entspugten sich als ein spielstarker Gegner, der sich nicht so leicht geschlagen gab. Bis zur Pause fand sie sogar zeitweise leicht im Vorteil, es gelingt ihnen aber außer einigen Eden nichts Zählbares. Gleich nach dem Wechsel geht Fanal in Führung, die

Dresden-Hellos — Görlitz 8:3

Am Freitag, dem 23. September, gab es für das Görlitzer Fußballpublikum einen wirklich guten und fairen Kampf zu sehen. Die Dresdener Mannschaft war ausgezeichnet, es gab kein unnütziges Kombinieren, jeder spielte den Ball, wo er ihn hinhaben wollte. Jedermann und immer an seinem Platze, das ist wohl das Schönste, was man bei einer Fußballmannschaft sehen kann. Die Görlitzer fanden sich überraschend schnell zusammen und konnten dem starken Gegner schon nach den ersten zehn Minuten den Ball in ihr so hart bewachtes Tor jenden. Der Görlitzer Tormann hatte einen schlechten Tag, wir sind von ihm etwas mehr Bewegung gemöhnt. Schiedsrichter Eier war gut.

Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die Görlitzer Mannschaft gegen eine so gute Mannschaft wie es Dresden war, durchaus den Anforderungen entsprochen hat. Bei einigermaßen eifernem Willen geht alles.

Bernstädtler sollen ihrem eigenen Tempo zum Opfer. Die bessere Kombination von West setzt sich durch und das Resultat wird bis Schluß auf 4:0 erhöht. Die Bernstädtler werden, wenn sie besser eingespielt sind und mehr auf Stellungsspiel achten, noch manchem Verein schwer zu schaffen machen.

West Jugend — Schwarz-Weiß Jugend 1:1.

West III — Fortuna III 5:3.

Rot-Weiß I — Spielvereinigung I 3:0

Im Westpart fanden sich obige Mannschaften zum fälligen Serienspiel gegenüber. Rot-Weiß ist leicht im Vorteil, aber die gute Hintermannschaft von Spielvereinigung läßt sich nicht gleich schlagen. In der 25. Minute verandelt Rot-Weiß einen Handballmeter. Bis Halbzeit erhöht Rot-Weiß auf 2:0. Nach der Halbzeit wird das Spiel offener, aber der Sturm der Spielvereinigung ist nicht in der Lage, das Ergebnis zu verbessern. Rot-Weiß erzielt durch Einzeldurchbruch das dritte Tor. Der Schiedsrichter war gut.

Die 2. Mannschaften trennten sich 5:0 für Rot-Weiß.

Grün-Weiß — Fichte-Ohlau 3:3

Am Sonntag, dem 25. September, weilte Grün-Weiß bei Fichte-Ohlau zu Gast. Es entwickelte sich vom Start an ein flottes Mittelfeldspiel. Man merkt sofort, das Grün-Weiß technisch besser ist. Trotzdem kann es Grün-Weiß nicht verhindern, daß Fichte-Ohlau in den ersten 10 Minuten mit 2:0 in Führung gehen kann. Grün-Weiß jedoch läßt sich das nicht gefallen und reißt mit aller Macht bis zur Pause die Führung mit 3:2 an sich. Nach der Pause zieht Fichte-Ohlau gleich.

Vorher trafen sich die zweiten Mannschaften. Der Schiedsrichter trennte diese mit 3:0 für Grün-Weiß. Die dritte Mannschaft spielte gegen Dynamo III 2:1.

Fichte-Frauen schlugen Fanal-Ost-Frauen 5:1

Nachdem Fanal-Ost anfänglich das Spiel offengehalten und den Führungstreffer der Fichte-Sportlerinnen ausgeglichen hatte, setzte sich das bessere Können der Turnerinnen über einen Halbzeitstand von 2:1 zu dem Endergebnis von 5:1 durch. Fanal-Osts Mannschaftsumstellungen waren unweidmähig und trugen zu diesem Resultat bei.

Heute Delegiertenitzung des Agitationsbezirks

und zwar im Arbeiterheim Nord, Rosenstraße 21. Anfang 21 Uhr. Sämtliche Vereine haben ihre Vertreter zu jenden, andernfalls Bestrafung erfolgt.

Die außenpolitische Niederlage des deutschen Faschismus

Englands Druck auf Frankreich

Besprechungen zwischen Simon und Neurath — England verkauft seine Unterstützung Frankreichs so teuer als möglich

Die Papen-Schleicher-Regierung ist mit viel Getöse und Säbelgerassel ausgezogen, um die deutsche Gleichberechtigung in der Welt zu erlangen. Jetzt, nachdem die völlige Niederlage des deutschen Imperialismus und seine beispiellose außenpolitische Isolierung klar zutage liegt, ist es notwendig, sich noch einmal mit den Nationen der Papen-Schleicher zu ihrem Aufrüstungsvorstoß zu beschäftigen.

Seit dem Einsetzen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise stand das Problem des kapitalistischen Ausweges aus der Krise noch niemals mit einer solchen Schärfe wie heute. Die Papen-Schleicher-Regierung verkündet im Auftrag des deutschen Finanzkapitals ein Programm, wie es offener und brutaler noch niemals gegen die Arbeiter und Werktätigen verkündet worden war. Aber die deutsche Bourgeoisie ist sich darüber im Klaren, daß eine verstärkte Ausplünderung der deutschen Arbeiterklasse noch immer nicht imstande sein wird, dem deutschen Kapitalismus seinen Ausweg aus der Krise zu verschaffen, wenn es nicht gelingt, auch neue Märkte zu erobern, kurzum, die Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung zu setzen. Deshalb muß der deutsche Imperialismus die Vereitelung des Teiles 5 des Versailler Vertrages fordern, der ihm verbietet, in dem gleichen Maße wie die imperialistischen Siegerländer des letzten Weltkrieges zu rüsten.

Gleichzeitig aber versucht die Papen-Regierung, sich durch ihren Vorstoß bei den breiten Massen besonders des Kleinbürgertums als eine Kraft der „nationalen Befreiung“ hinzustellen und sie durch chauvinistische Phrasen von der Zuspitzung der Klassengegensätze im Innern des Landes abzulenken. Die Regierung des Finanzkapitals versucht, die Volksmassen durch ein solches Manöver für den imperialistischen Raubkrieg aus der Krise zu gewinnen. Noch niemals waren die Manöver der Reichswehr von einem solchen chauvinistischen Tamtam begleitet, wie in diesem Jahre. Noch niemals waren die Versuche so offen, die Massen von der „Herrlichkeit“ eines Krieges zu überzeugen.

Um so ernüchternder wirkt nun die katastrophale Niederlage des deutschen Imperialismus. Oh, man hatte die Rechnung doch so schön aufgemacht! Man sah schon, wie Italien und England und die Vereinigten Staaten sich Hals über Kopf in eine Unterstützung der deutschen Forderungen engagieren werden. Sicherlich, man rechnete mit einem Widerstand Frankreichs, aber man glaubte, daß der französische Imperialismus gegen entsprechende Sicherheitsgarantien — d. h. durch das Verschleichen der Waffen nur in der Richtung zu verwenden, wie Frankreich es wünscht — schließlich seinen Widerstand aufgeben würde. Die Rechnung war falsch.

„Nein, niemals, unmöglich“ — das waren die Worte des französischen Ministerpräsidenten Herriot, desselben, der sich noch heute der leidenschaftlichen Unterstützung der Sozialdemokraten in Frankreich erfreut, obwohl er sich in nichts, es sei denn in seinen Phrasen, von Poincaré und Tardieu unterscheidet. Der französische Imperialismus wußte, daß es bei dem deutschen Aufrüstungsvorstoß um die Frage des Versailler Vertrages, d. h. um die Grundlage der Vorherrschaft Frankreichs auf dem europäischen Kontinent geht, er wußte, daß eine Neuaufteilung der Welt mit dieser Frage angeknüpft wird, die seine Vorherrschaft bedrohen würde. Das imperialistische Frankreich zeigte sofort, daß es bereit ist, die ihm durch den Versailler Vertrag garantierte Vormachtstellung mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, und zwar um so brutaler, je mehr die materiellen Grundlagen des Versailler Systems unter dem Druck der Krise und der internationalen Zuspitzungen erschüttert werden.

Um die Isolierung vollständig zu machen, kam auch noch der Hoover-Brief, der sichtlich unter dem Eindruck gewisser französischer Gegenleistungen an den amerikanischen Imperialismus stand und eine Unterstützung des französischen Standpunktes bedeutete.

Das nationalistische Manöver der Papen-Schleicher-Regierung ist gescheitert. Klarer denn je können die Werktätigen erkennen, daß es keine Befreiung des deutschen Volkes auf dem imperialistischen Wege gibt. Niemals würde eine Unterstützung des deutschen Imperialismus eine Befreiung für das deutsche Volk bedeuten. Sie würde sich vielmehr gegen das

Genf, den 24. September. Gestern fand zwischen dem englischen Außenminister Sir John Simon und dem deutschen Außenminister Neurath, der an der Sitzung des Völkerbundesrats in Genf teilnimmt, eine Zusammenkunft statt, auf der die Frage der Wiederteilnahme des deutschen Imperialismus an der Abrüstungskonferenz im Zusammenhang mit der deutschen Aufrüstungsnote erörtert wurde.

Die offiziellen Mitteilungen über diese Besprechungen enthalten nur einen konkreten Hinweis auf Inhalt und Ausgang der Zusammenkunft, nämlich den, daß sie bisher absolut zu keinem Ergebnis geführt hat. Das Organ der Papen-Regierung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, schreibt:

„Aber es darf gesagt werden, daß der englische Außenminister keine neuen und konkreten Lösungsvorschläge oder Vorschläge ge-

macht hat, wie auch sein deutscher Gesprächspartner keinen Anlaß hatte, irgendwelche Vorschläge zu formulieren.“

Diese Besprechungen, die, wie mitgeteilt wird, auf englische Initiative hin stattfanden, beweisen, daß der englische Imperialismus seine Politik, den deutschen Aufrüstungsvorstoß zu einem Druck auf Frankreich auszunutzen, fortsetzt. Das Foreign Office fürchtet die ständige Drohung einer französisch-amerikanischen Annäherung, die auf Kosten der englischen Interessen gehen würde. Die Verhandlungen Englands mit Deutschland bezwecken daher, vom französischen Imperialismus einen möglichst hohen Kaufpreis für die Unterstüfung der französischen Politik zur Aufrechterhaltung des Versailler Systems zu erpressen.

So dient dem englischen Imperialismus der deutsche Aufrüstungsvorstoß zur Durchsetzung seiner eigenen Interessen gegenüber Frankreich, das gezwungen werden soll, die englische Stellung gegenüber dem amerikanischen Imperialismus besonders in der Kriegsschuldenfrage zu unterstützen.

Ein neuer Vorstoß Litwinows

Genf, 24. September. Die Absicht des französischen Imperialismus, sowie der übrigen imperialistischen Mächte, die Abrüstungsbetrügereien in Genf fortzusetzen, werden von der Sowjetdelegation immer wieder durchkreuzt. Auch in der gestrigen Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz unternahm der Genosse Litwinow einen energischen Vorstoß gegen die Komödie, die von den imperialistischen Mächten beabsichtigt ist. Genosse Litwinow erklärte, man müsse nun, nachdem die zweitrangigen Fragen der Beneß-Resolution erledigt sind, die umfassenden Probleme in

Angriff nehmen, die durch die Anträge der Sowjetdelegation und durch die sogenannten Hoover-Vorschläge aufgeworfen worden.

Diese scharfe Erklärung des Genossen Litwinow schlug auf dem Büro wie eine Bombe ein. Eine wütende Einheitsfront der englischen und französischen Delegierten erhob sich sofort gegen die Anträge des Sowjetvertreters. Sowohl Sir John Simon wie Paul Boncour erklärten, die politischen Fragen der Abrüstung gehörten nicht in die Bürokratie, deshalb könne man hier nicht beratende Fragen behandeln.

Der französische Imperialismus versucht also nach wie vor, durch bedeutungslose technische Manipulationen der Sitzung des Büros einen „wichtigen Charakter“ zu geben und die Behandlung jedes wirklichen Abrüstungsproblems, das die Gegenläufe unter den imperialistischen Staaten aufrollt, zu verhindern.

Neues Blutbad im Karpathenland

Scheichische Gendarmerie mordet arme Bauern

Prag, 25. September. In Mizi-Mpsi, im Bezirk Mahovo, in der Karpathoukraine, kam es im Zusammenhang mit Steuerexekutionen bei der armen Bauernschaft dieser Gemeinde zu blutigen Zusammenstößen. Der Exekutor wollte unter Assistenz von Gendarmerie und Finanzwachleuten bei den Bauern rückständige Staats- und Gemeindesteuern eintreiben, wurde jedoch von einer 800 Köpfe zählenden Menge daran gehindert. Die Menge verlangte die Auslieferung des sich unter dem Schutz der Gendarmerie befindlichen Exekutors und erzwang sich später vom Gemeindevorstand die Ausfolgung einer Bestätigung, wonach die Gemeinde von der Zahlung von Abgaben und Steuern befreit sei.

Bei neuerlichem Verlangen der Volksmenge nach Auslieferung des Exekutors ging die Gendarmerie mit Gummiknüppeln vor und gab hierauf zwei Salven ab. Durch die Schüsse wurde ein 70jähriger Bauer in den Kopf getroffen und getötet, drei Personen schwer und 12 bis 13 Personen leicht verletzt. Die Verwundungen sind durchweg in den Beinen, woraus zu schließen ist, daß die Gendarmen gegen flüchtende Bauern geschossen haben.

Todesurteile gegen indische Bauern

Stamboul, 24. September. Das Gericht in Birma verurteilte wiederum neun arme Bauern zum Tode und 37 zur lebenslänglichen Verbannung. Die Bauern hatten angeblich an den letzten Anrufen, die wegen der ungeheuerlichen Steuerbelastung ausgebrochen waren, teilgenommen.

Neue Erwerbslosenkämpfe in England

London, 24. September. Gestern und heute kam es in der Nachbarstadt von Birkenhead in Liverpool zu neuen Erwerbslosenunruhen, die augenscheinlich unter dem Eindruck der von den Arbeitslosen erkämpften Erfolge in Birkenhead standen. Die Arbeitslosen veranstalteten vor dem Rathaus eine Massendemonstration und forderten eine Erhöhung der unzulänglichen Unterstützung. Die Polizei unternahm wiederholt Gummiknüppelataken auf die Demonstration. Die Erwerbslosen verteidigten sich energisch gegen das Vorgehen der Polizei.

Die Erwerbslosenunruhen dauern in der gesamten Stadt an, in mehreren Stadtteilen sammelten sich die Arbeitslosen immer aufs neue, so daß die Polizei vielfach nicht mehr Herr der Lage war.

Streikrieg der Seeleute Südchinas

Schanghai, 24. September. Der gestern begonnene Streik der Schiffsbesatzungen der Dampferlinie Kanton-Hongkong wurde heute erfolgreich abgeschlossen. Die Reedereibesitzer nahmen die Forderungen der Seeleute an und machten die Entlassungen rückgängig.

Paul Csihajda's Kampf

Emil Madarász

Fortsetzung

Nein, von einem Spaß kann gar keine Rede sein. Alle sind anzusehen. Alle diese runden, eigenhändigen Köpfe nehmen diese Worte als etwas selbstverständliches auf.

Als Csihajda nun noch bemerkte, daß der Matrose Kolompár stummend mit dem Kopfe nickte, verlor er die Fassung. Der letztere sagte:

„Besonderen Nachdruck müßt ihr auf das „qualitativ verschiedene“ legen. Das ist das Wichtigste.“

Csihajda, der anfänglich nur ein Gefühl der Unzufriedenheit empfand, wurde durch diese Worte wie vor dem Kopf geschlagen.

Ich verstehe gar nicht — dachte er bei sich — der Teufel hole mich, wenn ich daraus Lug werde!

Noch am selben Abend nahm er seine Bücher und ging zu Kutóra.

„Genosse Kutóra“, sagte er, „ich möchte gerne wissen, wie das mit dem „Verbrauchswert“ ist?“

Kutóra erklärte sich bereit, ihm zu helfen, und sie begannen gemeinsam diese Frage durchzuarbeiten.

Als der Diensthabende der Kaserne um Mitternacht zu Csihajda kam, um ihm Bericht zu erstatten, erhob sich dieser müde an seiner Pritsche, nahm den Rapport entgegen, sah den Diensthabenden streng an und sagte:

„Danke, Genosse, Sie müssen gut Umschau halten und öfter Posten nachsehen. Unsere Lage ist nicht die beste. Das weiß er gute Matrose. Ich werde mich nicht schlafen legen. Wir werden jetzt unsere heutige Stunde wiederholen, um die Zeit zuzuschlagen.“

Er setzte sich, bot dem Diensthabenden eine Zigarette an und sagte ihm:

Sagen Sie, Genosse, wodurch erklärt sich der Verbrauchswert?

wert? Überlegen Sie es sich gut, bevor Sie antworten. Stellen Sie sich vor, daß Sie es mit einem unwissenden Bauern zu tun haben, der nicht einmal seinen Namen schreiben kann, und Sie müssen ihm das erklären. Ein bewußter roter Matrose kämpft nicht nur mit der Waffe, sondern auch mit seinem Wissen um die Interessen seiner Klasse und um die Macht der Sowjets.“

Und er dieser schwülen Juninacht, von 60 schnarrenden Matrosen umgeben, versuchte Csihajda mit unerhörtem Willen sich die ökonomischen Lehren von Marx zu eigen zu machen.

Als der Morgen zu dämmern begann, ging er in den Garten, streckte sich unter einen Kastanienbaum aus, legte das Buch unter seinen Kopf und schloß fest ein.

V.

Schon zum drittenmal kam der Bataillonskommandeur in die Schule, nahm Csihajda unter den Arm und ging mit ihm in den Hof.

„Csihajda, in Budapest ist Konterrevolution. Die Offiziere und Kadetten haben das Hauptpostamt besetzt.“

Er unterbrach sich oft, als ob er seine Sünden beichte.

„Die Post ist besetzt, aber das ist noch nicht das Schlimmste. Viel schlimmer ist, daß die weißen Matrosen von den auf der Donau liegenden Panzerbooten aus, das Rätehaus beschließen.“

Csihajda wurde blaß.

„Panzerboote und weiße Matrosen? Ja... ja... das ist keine Bauernkonterrevolution mehr!“ sagte er ruhig.

„Ja, natürlich, das ist viel schlimmer!... Das ist eine Konterrevolution mit Kanonen und Maschinengewehren und nicht mit Heugabeln.“

„Wo Alarm?“

Der alte Metallarbeiter schwieg.

„Ja“, er schüttelte den Kopf, noch etwas: „die Sozialdemokraten! Sie sind mit den Offizieren. Weigt du, ich schäme mich — er spuckte aus — Ich war war 20 Jahre Sozialdemokrat und jetzt schäme ich mich dessen!“

Noch am selben Tage wurde die ganze Rotte auf zwei Lastautomobilen nach Budapest gebracht. Als der Bataillonskommandeur in einer schwarzen Lederjacks, mit einem Matrosenarabier über der Schulter und einem Revolver am Gürtel, aus der Schule trat, war der Motor schon angefurbelt. Er ging direkt auf das Lastauto zu, sah die Matrosen an und sagte kurz zu Csihajda:

„Rapport!“

„Genosse Bataillonskommandeur, 120 rote Matrosen der ersten Rotte marschbereit!“

„Wieviel Patronen?“

„200 Stück pro Mann.“

„Gut!“

Er schob die Ledermütze aus der nassen Stirne, wischte sich den Schweiß ab, sprang auf den Sitz neben dem Chauffeur und sagte:

„Ich geh mit euch.“

Nach zehn Tagen kehrte die Rotte vom Marsch zurück.

Zweiundzwanzig rote Matrosen und der Bataillonskommandeur, der alte Metallarbeiter, blieben auf den vom Blut purpur gefärbten Straßen Budapests liegen.

Das, was Csihajda ganz besonders gefürchtet hatte, was er vorausahnte und was ihn sogar bei den erbittertesten Kämpfen nicht in Ruhe ließ, geschah: die Schüler hatten sich unterdessen die Lehre vom „Gelbe“ und „Rau“ zu eigen gemacht und begannen schon kameradschaftlich den „Gelbumlauf“ durchzuarbeiten!

Düster und schweigend sah Csihajda auf einer Bank, hörte die Worte des Lehrers, blätterte in einem Lehrbuch, versuchte seinen Bleistift zu pikieren, erhob sich aber plötzlich und ging entschiedenen Schrittes auf den Lehrer zu.

„Sagt mir, Brüder, Genossen, rote Matrosen! Bin ich wirklich dazu verurteilt, immer von euch weggehen zu müssen, wenn wir gemeinsam zwei bis drei Kapitel durchgearbeitet haben? Oder ist es vielleicht mein Schicksal, wie ein 18jähriger Stiefel, kein Wissen ansammeln zu können? Sagt mir aufrichtig, wie es roten Matrosen geht, ist das gerecht? Ist es gerecht, daß ich, weil ich mal da, mal dort gegen die Konterrevolution kämpfe — niemals die ökonomischen Lehren von Marx kennenlernen soll?“

Csáplós-Bokor erhob sich. Er ging zum Tisch und stützte sich mit den Händen auf.

„Genossen, ich schlage vor, die Lektion zu unterbrechen.“ Er sah fragend auf den Lehrer, wartete aber nicht dessen Antwort ab und fuhr fort: „Ich bin der Meinung, daß wir alle den Fall Csihajda besprechen und in Ordnung bringen müssen. Ich will Vorsitzender der Versammlung sein. Ich eröffne die Versammlung. Wer will das Wort zu dieser Sache?“

Alle schwiegen. Der Rumäne Albinesku, ein Maschinengewehrschütze (ein Ueberläufer) brach das Eis; er erhob sich und erklärte, daß eine sofortige Lösung dieser Frage infolge der innen- und außenpolitischen Lage nicht möglich sei.

SPD-Arbeiter, was ist mit dem „Volksentscheid“?

Vielleicht im September nächstes Jahr Abstimmung

Durch die sozialdemokratische Presse läuft ein Artikel des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“, der die Überschrift trägt: „Bleibt die Zulassung des Volksbegehrens?“ Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die SPD-Führerschaft bereits eingesehen hat, daß das Manöver, welches sie mit dem „Volksentscheid“ vor hatte, geplatzt ist. Sie wollte ja damit der Arbeiterschaft nur neue „demokratische“ Illusionen machen, damit die Arbeiter durch die Hoffnung auf einen billigen Stimmzettelerfolg von dem sofortigen Kampf gegen den Lohnabbau abgehalten würden. Aber die Arbeiterschaft hat den sozialdemokratischen Führern und ihrer Politik der Hilfsstellung für Papen und die Bourgeoisie einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht: sie hat bereits in zahlreichen Betrieben den Kampf gegen den Lohnabbau aufgenommen und — wie die Ergebnisse beweisen — damit praktisch erhärtet, was wir Kommunisten gesagt haben: es ist sehr wohl möglich, daß die Arbeiterschaft trotz der Krise die Unternehmerangriffe siegreich zurückschlägt. Die Streikwelle steigt weiter. Die Arbeiterschaft wird auch dort, wo die Unternehmer bisher vordringen konnten, den Klassenfeind wieder zurückdrängen. Die SPD-Führer haben ihr Spiel bereits verloren.

Darum kommt jetzt der „Sozialdemokratische Pressedienst“ und erklärt heuchlerisch, der „Volksentscheid“ habe ja auch gar nicht die Absicht gehabt, die Arbeiter vom Streit abzuhalten, sondern er solle nur neben den Kämpfen her laufen. Zugleich aber gesteht die SPD-Führerschaft zu, daß es mit dem „Volksentscheid“ schlecht aussieht. Die Reichsregierung hat nämlich gar nicht Lust, sich bei der Erledigung des sozialdemokratischen Antrags auf ein „Volksbegehren“, das ja dem „Volksentscheid“ vorausgehen muß, zu beeilen.

Am 12. September, so sagt die SPD-Presse, wurde der sozialdemokratische Antrag auf das „Volksbegehren“ eingereicht. Bis heute aber ist davon noch nichts verlautet, was die Regierung Papen damit zu machen beabsichtigt. Es ist wahrscheinlich, daß es auch noch einige Zeit dauern wird, bis die Regierung ihre Stellung zum „Volksbegehren“ bekannt gibt.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat die Regierung die Aufgabe, die Zulässigkeit eines solchen „Volksbegehrens“-Antrags zu prüfen. In eine Frist für die Vornahme der Prüfung ist sie nicht gebunden. Es ist aber ganz klar, daß die Regierung Papen sich dabei sehr viel Zeit nehmen wird, und daß sie auch um eine Begründung, warum diese Prüfung so lange dauert, nicht zögern wird.

Aber nehmen wir mal an, die Regierung Papen beeile sich doch so, daß sie mit der Prüfung des Antrags zum 1. November fertig wäre und die Zulassung genehmigt hätte, dann würde sie den Termin für die Abstimmung über das „Volksbegehren“ ansetzen. Da die Einzelzeichnungslisten fertiggestellt werden müssen, wird dieser Termin kaum vor dem 1. Dezember liegen. Das heißt: die Einzelzeichnungen werden etwa am 1. Dezember beginnen und 14 Tage lang dauern. Dann werden die Stimmen gezählt. Das kann wieder gut einen Monat in Anspruch nehmen. Dann ist bereits Mitte Januar 1933. Dann wird die Regierung erneut Stellung nehmen, um das „Volksbegehren“ mit einer eingehenden Stellungnahme der Reichsregierung dem Reichstag zuzuleiten. Das dürfte kaum vor Ende Februar sein. Wann der Reichstag sich mit dem „Volksbegehren“ beschäftigen wird, hängt natürlich davon ab, ob er überhaupt versammelt ist. Es ist jedoch anzunehmen, daß keine Mehrheit von Nazis, Zentrum und Deutschnationalen ein besonderes Interesse daran hat, sich so schnell wie möglich damit zu befassen. Aber nehmen wir einmal an, der Reichstag würde sich so beeilen, daß er wenigstens Ende März bis Anfang April die Beratung des „Volksbegehrens“ in Angriff nimmt.

Zimmer vorausgesetzt, der Reichstag sei bis dahin noch nicht wieder aufgelöst oder gar durch irgendwelche „höhere Gewalt“ endgültig außer Kurs gesetzt, so würde er sich dann in drei Lesungen mit dem sozialdemokratischen Antrag beschäftigen. Darüber würde wahrscheinlich Mitte Mai werden. Danach erst würde das „Volksbegehren“ zusammen mit der Stellung des Reichstags an die Regierung zurückgehen. Diese würde dann erneut „prüfen“. Das würde bis Mitte Juli dauern. Dann würde die Regierung den Termin des „Volksentscheids“ festlegen auf Mitte oder Ende August. Dann wäre im September 1933 vielleicht doch das Ergebnis dieses „Volksentscheids“ gegen den Lohnabbau vom September 1932 zustande gekommen! Und währenddessen...

So also liegen, Kollegen von der SPD, und den freien Gewerkschaften, die Dinge mit dem Volksentscheid der SPD. Danach könnt ihr euch selber einen Vers daraus machen, was ihr davon zu erwarten habt. Wir Kommunisten sagen euch:

Jetzt ist alle Kraft auf den Kampf gegen den Lohnabbau zu konzentrieren, und wer dabei die Kraft der Arbeiterschaft zersplittert oder ablenkt, der ist in Wirklichkeit ein Helfer der Papen-Schäffer und der deutschen Kapitalistenklasse!

SPD-Führer begrüßt das Rüstungsprogramm Schleichers!

In einer Mitgliederversammlung der SPD, Groß-Düsseldorf erklärte der Referent Vogt-Bohum (Bergarbeiterverband):

„Wenn Schleicher die verkürzte allgemeine Wehrpflicht einführen will, müssen wir das als Sozialisten begrüßen, da das Heer der Vorkriegszeit uns näher gestanden hat als die heutige Reichswehr. (Zwischenrufe: Sind wir auch mit den Offizieren verbunden?) Wir müssen, im Gegenteil, hier mitarbeiten, ebenso wie beim freiwilligen Arbeitsdienst, um nicht ausgeschaltet zu werden.“

SPD-Kollegen, merkt ihr, wie der Kurs eurer Führer geht? Es reicht schon wieder verdammt nach 1914! Aber das ist ja auch nur die logische Folge der Panzerkreuzer-Politik!

Schluß mit der SPD! Hinein in die rote Klassenfront!

Was tun SPD. und AOB.

In einer am 16. September in München stattgefundenen AOB-Versammlung hielt Spliedt vom AOB-Vorstand das Referat zur Papen-Notverordnung. Nach dem stenographischen Bericht, der in der Beilage der „Münchener Post“ vom 22. September, „Der freie Gewerkschafter“, abgedruckt ist, erklärte Spliedt wörtlich:

„Die Betriebsräte werden in Zukunft immer auf dem Sprung sein und mit dem Rechenstift in der Hand feststellen müssen, ob der Lohnabzug in Ordnung geht.“

Damit sagt Spliedt, daß er keinen Kampf gegen den ungeheuerlichen Lohnabbau will, die Betriebsräte sollen nur nachrechnen, ob der Lohnabbau sich im Rahmen der Bestimmungen der Notverordnung hält.

SPD-Arbeiter, Gewerkschafter! Wollt ihr etwa den Lohnabbau hinnehmen? Findet ihr nicht auch, daß die Stellungnahme des AOB-Vorsitzenden Spliedt eine offene Unterstützung der Papen-Politik und der Lohnabbauoffensive der Unternehmer ist?

Kämpft mit in der Einheitsfrontaktion gegen Lohn- und Unterstufungsabbau!

Nazis, die besten Stützen Papens

Was tun die Nazi-Länderregierungen gegen die Papen-Notverordnungen?

Mit dem Maul führen die Nazis einen großen „Kampf“ gegen die Notverordnungen Papens. Aber dieser „Kampf“ ist ein Krampf, denn die Nazi-Regierungen in den verschiedenen deutschen Ländern sind die festesten und zuverlässigsten Stützen für die NotverordnungsPolitik der Papen-Regierung. Hier der Beweis!

Nazi-Regierung in Oldenburg

Die Oldenburger Nazi-Regierung hat, obwohl dazu kein Zwang vorliegt, von sich aus auf Grund der Papen-Notverordnung die Bürgersteuer verlängert. Sie hat die Schlachtssteuer neu eingeführt, sie hat die Gehälter, vor allem der unteren Beamten, gewaltig gekürzt. Sie beruft — nach dem Vorbild Papens — keinen Landtag mehr ein, sondern führt alle Maßnahmen ohne Parlament durch.

Nazi-Regierung in Thüringen

In einem Brief an Papen hat die Nazi-Regierung von Thüringen die Rechtmäßigkeit der Papen-Notverordnungen bestätigt. Diese Regierung hat, genau wie in Oldenburg die Bürgersteuer verlängert, obwohl dazu kein direkter Befehl Papens vorlag.

Nazi-Regierung in Mecklenburg

Die Nazi-Regierung tritt genau wie Papen für höhere Zölle für Einfuhrkontingente für Lebensmittel ein. Dadurch werden die Lebensmittelpreise erhöht und die Lage der Werkstätigen noch weiter verschlechtert.

Nazi-Regierung in Anhalt

Diese Regierung führt vor allem im Sinne Brachts einen Kampf auf dem Gebiet der Kulturpolitik. Sie hat den Pionierverband für Anhalt verboten, außerdem ein Verbot zum Besuch aller kommunistischen Versammlungen für alle Schüler erlassen.

Keine einzige Nazi-Regierung hat sich geweigert, die Papen-Notverordnungen durchzuführen!

Werktätige Nazi-Anhänger! Mit dem Maul dagegen, mit der Tat dafür — das ist die Haltung der Nazi-partei zu den Papen-Notverordnungen. Wer gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen neue Senkung der Unterstützungssätze und Renten, wer für Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit der Arbeiterklasse kämpfen will, der muß in der roten Einheitsfront diesen Kampf führen! Schluß mit den Papen-Nazis! Har zur Einheitsfrontaktion!

Preußen-Landtag beschließt:

Aufhebung der Sondergerichte!

Berlin, 24. September. In der gestrigen Landtagssitzung wurde beschlossen, die kommissarische Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Sondergerichte zu fordern.

Gestern wurde im Landtag weiter beschlossen, die Gemeindevahlen vorzuzerlegen auf den 6. November (dem Tag der Reichstagswahl).

Der kommunistische Antrag über die Vorverlegung der Gemeindevahlen wurde vom Zentrum und SPD. scharf bekämpft.

Unser Genosse Schwenk rechnete in scharfer Weise mit Zentrum und den Sozialdemokraten ab. Wir werden die Zusammenhänge aufzeigen, die zwischen der Kommunalpolitik und der allgemeinen großen Politik bestehen und dabei wird sich zeigen, wie sich gerade die Politik der SPD. und ihrer ehemaligen schwarzen Koalitionsfreunde in der Gemeindepolitik katastrophal ausgewickelt hat.

Ebenfalls beschloß der Landtag auf einen kommunistischen Antrag die Aufhebung sämtlicher Zeitungsverbote und die Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Melcher.

Im Verlaufe der Sitzung nahm der Nazi-Fraktionsvorsitzende Anstoß an dem Redner zurück, wobei er gleichzeitig gegen den Zwischenruf des deutschen nationaler Abgeordneten von Wader gegen Naziabgeordnete: „Schweine“ protestierte.

Von der kommunistischen Fraktion sprach Genosse Steinfurth zu dem Antrag auf Freilassung der Angeklagten im Felsened-Prozess und zur Frage der Sondergerichte. Es wurde beschlossen, gegen die Stimmen der Deutschnationalen die kommissarische Staatsregierung zu beauftragen, die Entlassung der im Felsened-Prozess angeklagten Untersuchungsgefangenen sofort anzuordnen. Desgleichen wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, alle von den

Sondergerichten gefällten Urteile mit der größten Beschleunigung nachzuzurufen und in geeigneten Fällen durch Vergnadigung unverhältnismäßig hohe Strafen herabzusetzen.



„Der Rote Wähler“
neu erschienen!
AUS DEM INHALT:
Fort mit dem faschistischen Notverordnungsregime! Zwölf dokumentarische Beweise: Ohne Hitler keine Papen-Regierung! Der neue Lohnabbau! Vernichtung des sozialen Unterstützungswesens. Milhardengeschenke an die Kapitalisten. Steigerung der Arbeitslosigkeit steht bevor.
Überall zu haben. Preis 10 Pfennig.

Zentrum-Stegerwald Arm in Arm mit dem Arbeitsminister Papens?

Auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Düsseldorf erklärte (am 18. September) Stegerwald wörtlich:

„Der Herr Reichsarbeitsminister Schäffer hat mir vor seiner Abreise ins Ruhrgebiet gesagt, daß, wenn das deutsche Volk in den nächsten Monaten nicht zusammenstehe, wenn die Karte des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung nicht sticht, wir in eine unmögliche Lage hineingeraten würden. Ich stehe mit ihm auf demselben Standpunkt. Ich lehne es ausdrücklich ab, das ganze Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung in Grund und Boden zu kritisieren.“

Der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald solidarisiert sich also mit dem Reichsarbeitsminister Schäffer, der auf dem Gewerkschaftskongress bekanntlich niedergeschrien wurde! Beide sind für Papens Notverordnung!

Christliche Arbeiter, euch ruft die SPD. in ihrem Manifest zur Einheitsfrontaktion zu:
„Christliche Gewerkschaftskollegen! Die christlichen Gewerkschaftsführer haben, genau wie die reformistischen Gewerkschaftsführer und vereint mit ihnen, jeden Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau zu verhindern gesucht. Sie setzen alles daran, um euren gemeinsamen Kampf in Einheitsfront mit euren Arbeitskollegen gegen Hunger und Not zu vereiteln. Wir Kommunisten rufen zum gemeinsamen Kampf. Es lebe die Einheitsfrontaktion gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Faschismus und Kapitalsdiktatur! Fort mit der Papen-Regierung! Fort mit den Papen-Notverordnungen!“

Folgt diesem Rufe! Vorwärts in der Einheitsfrontaktion gegen Lohnabbau, Notverordnung und Papen-Regierung!

Breslau, den 26. September 1932.

Spinale Kinderlähmung / 37 Erkrankungen in Breslau

55 Erkrankungen in Briesg. Erkrankungen in Glogau, Görlitz, Waldenburg, Landeshut, ja fast in allen schlesischen Orten. Vier Todesfälle in Breslau, sechs Todesfälle in Briesg und aus allen Orten kommen Meldungen tödlichen Verlaufes. Wohinlang sind die Schulen geschlossen und noch immer kein Nachlassen der Seuche.

Was ist dagegen zu tun? Jede Mutter fragt sich: „Wie schütze ich mein Kind davor.“ Darüber spricht der Breslauer Arzt Dr. Cohn heute abend um 8 Uhr, bei Bräuer, Gabitzstraße, in einer öffentlichen Versammlung der ZNS.

Werttätige Männer und Frauen, hört was dieser Arzt über die Ursachen und die Bekämpfung dieser Seuche zu sagen hat.

Schikanen bei der Marktfallenverwaltung

Breslau. Der ehemalige Bezirksverwalter ~~Herr Michael~~, der durch sein unfugiales Vorgehen gegen die Arbeiterchaft der Marktfallenverwaltung, hat durch seine „große Fähigkeit“ seinen Posten als Bezirksverwalter verloren und wird nun als Schreiber verwendet. Zuvor hat er jedoch noch eine neue „soziale Tat“ ausgeführt. Zwei Kolonnenführer sind im Mai dieses Jahres vom Bezirksführer zugewiesen worden. Einer davon mit einer 48, der andere mit einer 42 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit. Da dieser gewaltige Unterschied eine unbillige Härte war, wurden dem Kolonnenführer mit der 42 stündigen Arbeitszeit vom Direktor ~~Hebel~~ ebenfalls 48 Stunden gewährt. Nun hat der Bezirksverwalter ~~Michael~~ nach mehr als vier Monaten unter ganz eigenartiger Begründung beide Kolonnenführer auf 42 Stunden herabgesetzt. Nach Rücksprache der Kolonnenführer mit dem stellvertretenden Direktor, dem Oberinspektor ~~Franke~~, hat dieser sofort die sachlich unbegründete Maßnahme rückgängig gemacht. Einige Tage darauf gab er jedoch den missfolgenden Anweisungen des „Bezirksverwalters“ ~~Michael~~ statt.

Für die beiden Kolonnenführer, die durch die allgemeine Wirtschaft der Nachkriegszeit in eine derartig miserable Lage geraten sind, bedeutet dieses rigorose Vorgehen eines eingebildeten und durch „befähigten“ Beamten eine schwere Schädigung. Beide Kolonnenführer haben vier Monate lang die erhöhten Beiträge der Erwerbslosenversicherung sowie der Krankenkasse bezahlen müssen und zum Schluß — nur eine geringere Unterstützung auf Grund des herabgesetzten Lohnes erhalten.

Und so wie in diesem Fall so könnte man eine ganze Reihe derartiger und ähnlicher Fälle aufzählen. Eine wirklich „große Tat“ sind die Schikanen ~~Michalek~~ gegen die Nichtfabriker, die bei achtstündiger Arbeitszeit ganze 40 Pfennige täglich verdienen. Wir können nur diesem „unmöglichen“ Beamten sagen: Die Geduld hört auch bei diesen Menschen einmal auf. Sie werden dann mit den Vorgelegten, die sich in der oben bezeichneten Art gegen die Arbeiter benehmen, proletarisch reden. Bis dahin gilt es die Einheitsfront im Betriebe herzustellen und auf gemeinsamer Grundlage den Kampf gegen alle Faschisierungsmaßnahmen der Verwaltungsbürokratie zu organisieren. Nur durch den gemeinsamen Kampf werden die Arbeiter und Angestellten erfolgreich gegen den Betriebsfaschismus und gegen die ungeheuren Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen.

Und wieder Neues aus der Margareten„Kirche“

Wir brachten am 10. September an dieser Stelle eine Zuschrift über die Herrschermethoden des Herrn „Genossen“ ~~Rajsch~~ aus dem Gemerkschaftshaus. Auf Grund der Veröffentlichung dieser Zuschrift hat sich, wie uns von mehrerer Seite berichtet wurde, der Herr „Genosse“ ~~Rajsch~~ in seiner „Ehre“ gekränkt gefühlt, und soll, wie uns weiter mitgeteilt wird, neue Schikanen bereits ausgedacht haben. Die Veröffentlichung erstgenannter Zuschrift hat uns aber auch eine Berichtigung eingebracht, der wir nachfolgend Raum gewähren.

Berichtigung. Auf den Bericht vom 11. September dieses Jahres in der „A.-Z.“, „Neues aus der Margaretenkirche“ gebe ich, Herrmann Scholz, Bächter des Fahrradhandels, sowie mein Sohn ~~Fritz~~, eine Erwiderung. Von dem Artikelsschreiber der „A.-Z.“ wurde fälschlicherweise die monatliche Miete von 130 Mark angegeben. Hiermit erwidere ich, daß die Monatsmiete nicht 130 Mark, sondern 92 Mark beträgt. Auch wurde darin erwähnt, daß die Räder der Angestellten gratis eingestellt würden, worauf ich erwidere, daß dies nicht der Fall ist. Betreffs der politischen Diskussionen in dem Fahrradhandels entgegengehe ich, daß ich selbst sowie mein Sohn ~~Fritz~~ stets gegen die Sache gesprochen haben. Unser Streben dagegen geschah nicht im eigenen, sondern im allgemeinen Interesse. Vor allen Dingen stelle ich hiermit fest, daß die angeblichen Artikelsschreiber ~~Heinrich Scholz~~, der übrigens langjähriges Mitglied der SPD. und mehr als 25 Jahre Mitglied der Gemerkschaft ist, sowie sein Sohn ~~Fritz~~, mit dem Artikel vom 11. September in der „Arbeiter-Zeitung“ keinerlei Beziehung habe. ~~Heinrich Scholz, Fritz Scholz.~~

Wir werden durch unseren Gewährsmann die Dinge im Auge behalten und kommen gelegentlich auf die Sache zurück. Heute stellen wir nur fest, daß man durch vorstehende „Berichtigung“ unsere gemachten Angaben nicht widerlegt hat, daß dort Schikanen gegen Diskutierende angewandt wurden, wird vielmehr dadurch bestätigt. Was die Höhe der monatlichen Miete anbelangt, sei hier nur gesagt, daß durchaus eine derartige Zahlenverwechslung vorkommen kann.

Kampfaufbruch der Betriebsdelegierten-Konferenz an die Betriebsjugend

Breslau. Die Delegiertenkonferenz der Breslauer Betriebsarbeiter und Jungarbeiter wendet sich an alle Jungarbeiterinnen, Jungarbeiter und Lehrlinge der Breslauer Betriebe. Die Papen-Regierung hat einen ungeheuren Anschlag auf eure Löhne und Rechte durch die neue Notverordnung angekündigt. Euer Hungerlohn soll noch mehr gekürzt werden. Man will die Differenz des Lohnes zwischen dem jugendlichen und erwachsenen Arbeiter, zwischen Mann und Frau noch mehr vergrößern. Schon heute müßt ihr Jungarbeiter am Hungertuche nagen, wie soll das erst werden, wenn erneut 20 bis 30 Prozent von eurem Lohn geraubt wird?

Wir Delegierten der Breslauer Betriebsarbeiter rufen euch Jugendliche zum gemeinsamen Widerstand gegen jeden Lohnabbau auf. Nehmt sofort in jedem Betrieb und in jeder Abteilung Stellung! Wechselt und organisiert den gemeinsamen Kampf aller Jungarbeiter,

Breslauer Metallarbeiter!

Am Mittwoch, dem 28. September, um 20 Uhr, spricht im Zentralbauaal, Westendstraße, der auch bereits bekannte, im DMB. gemahregelte Generalbevollmächtigte des Niederrheins-Bezirks

Walter Oettinghaus

über das Thema:

„Gewerkschaft und Notverordnung“

Zu dieser Versammlung werden wir Ziegler und alle übrigen Gewerkschaftssekretäre des DMB. laden. Jeder von ihnen erhält eine halbe Stunde Redezeit! Deshalb sollte jeder Metallarbeiter von Breslau diese Versammlung besuchen und hören, was sie alle zu sagen haben. Zur Ordnung der Untkosten: Betriebsarbeiter 10 Pfennig, Erwerbslose 5 Pfennig.

Bezirkskomitee der AGO., Industrie-Gruppe Metall.

Massenentlassungen und Lohnraub bei Langermann

(Betriebskorrespondenz.)

Breslau. „Anfurbelung, Debung der Wirtschaft“ diese und ähnliche Schlagzeilen liest man jetzt in allen Zeitungen von der SPD. bis zu den Nazis, und auch das Radio wird in den Dienst der „Wiederbelebung der Wirtschaft“ gestellt. Mit dem Gerede vom „Ende der Krise“ will man die Arbeiterchaft über die Wirklichkeit hinwegtäuschen.

Wir berichteten bereits vor einigen Tagen, daß auch bei der Schuhfabrik Firma Langermann G. m. b. H., mit deren Ausbeutemaßnahmen wir uns schon einige Male beschäftigt haben, am

Lohnraub in der Schuhfabrik Gotttheiner

Am Sonnabend wurde durch Aushang im Betrieb bekanntgemacht, daß ab heute von der 31. bis 40. Stunde ein Lohnabzug von 40 Prozent erfolgt.

Die Schuharbeiterinnen und Schuharbeiter müssen gegen diesen ungeheuren Lohnraub sofort Kampfmaßnahmen beschließen. Duldet keinen Pfennig Lohnabzug! Kampf gegen jede Verschlechterung des Tarifvertrages.

vergangenen Sonnabend etwa 90 Arbeiter und Arbeiterinnen fristlos wegen „Arbeitsmangel“ entlassen wurden, und man spricht selbst noch von weiteren Entlassungen, die da folgen sollen.

Nun, Kolleginnen und Kollegen, ihr habt in den letzten Wochen in verschiedenen Abteilungen Überstunden geleistet, ohne daß ihr den zutreffenden Prozentschlag erhalten habt. Ihr habt nicht gewagt, euch anzulehnen gegen die menschenunwürdige Behandlung. Jetzt ist bereits ein Teil von uns auf die Straße gezogen, weitere sollen ihnen nachfolgen. Diese Tatsache muß eine ernste Mahnung für alle im

Betrieb Beschäftigten sein. Fester müssen wir uns um unsere Forderungen zusammenschließen und unsere Geschicke in die eigenen Hände nehmen. Daß wir dann Erfolge erringen werden, das lehren uns die augenblicklichen Wirtschaftskämpfe in der Metallindustrie, und das lehrt uns auch der Streik der Belegschaft der Schuhfabrik Jacob Reiß in Berlin. Dort wählten die Kollegen im Betrieb einen Kampfausschuß, lösten den Streik aus, und haben durch denselben den angekündigten Lohnraub zu verhindern vermocht. Auch uns sollte das möglich sein.

Dieses Beispiel muß auch für uns eine Lehre sein, zumal durch die Entlassungen eine noch schärfere Ausbeutung als wie bisher einreten wird. Schon heute möchte sich der Meister in der Stepperei umbringen, und das wird noch viel toller werden, wenn wir nicht diesen Dingen ernstlich entgegenreten. Die Kollegen müssen auch auf die „Tätigkeit“ des Oberbetriebsleiters ~~Naag~~, eines Artillerieoffiziers a. D., achten, welcher scheinbar extra nach hier gekommen ist, um die Nationalisierung durchzuführen und die Entlassungen vorzunehmen. Diese Doppelverdiener, die einerseits durch Unterfützung vom „Staat“ und andererseits durch unsere Schulterei im Betrieb, beidemal also auf unsere Kosten, ein sorgenloses Leben führen können, sind die „geeigneten Kräfte“, die „Befolgung der Wirtschaft“ durchzuführen. Inbes wird man die Betriebsarbeiter auf die Straße, und bei mehrwöchentlicher Karenzzeit, die sie durchmachen müssen, werden sie dem Elend und der Not — der Arbeitslosigkeit — preisgegeben.

Aus diesen Tatsachen müssen die Kollegen und Kolleginnen der Firma Langermann ihre Lehren ziehen. Auch für uns steht die Frage der Abwehr jedes Angriffs auf unsere Hungerlöhne! Woher jeder Maßnahme, die zur Entlassung von Kollegen führt! Wollen wir erfolgreich gegen Lohnabbau, Entlassungen und Tarifverschlechterungen kämpfen, dann müssen wir im Betrieb die Einheitsfrontaktion entsenden. Nur der gemeinsame Kampf sichert uns unsere Rechte.

Betriebsjungarbeiter protestieren gegen die neue faschistische Sportpflicht

Breslau. Die neue faschistische Maßnahme der Bourgeoisie, die sogenannte „freiwillige“ Sportpflicht, hat den breitesten Protest in der gesamten Jungarbeiterchaft hervorgerufen. Auch die Jungarbeiter der Betriebe nehmen dagegen Stellung und protestieren auf schärfste gegen diese faschistische Vorbereitung der Jugend zum imperialistischen Kriege, gegen die Sowjetunion. Die Jungarbeiter von Stern und die rote Jugendbetriebswehr haben ebenfalls dazu Stellung genommen. Nachstehend bringen wir die Resolution, die am 23. September dort angenommen wurde.

Die rote Jugendbetriebswehr von Stern protestiert gegen die neueste faschistische Maßnahme der Bourgeoisie, den freiwilligen Sportdienst. Die Organisierung dieses Sportdienstes bedeutet nichts weiter, als eine neue Methode, neben der Arbeitsdienstpflicht, in der jetzt schon Schießen und Exerzieren gelehrt wird, die Jugend, insbesondere die Arbeiterjugend militärisch vorzubereiten für den imperialistischen Krieg gegen das Vaterland aller Unterdrückten und Geknechteten — die Sowjetunion.

Dieser Sportdienst, zu dem auch das Reichsbanner, Stahlhelm, Jungscharen usw. herangezogen werden sollen, liegt in der Linie des Aufrüstungsprogramms der faschistischen Diktatur der Papen, Schleicher usw. Die Leitungen der obigen Organisationen haben schon Verhandlungen angeknüpft mit dem Innenminister ~~Wagl~~, der die Oberaufsicht über diese Erziehungsanstalten zu „Zucht und Ordnung und zur Vaterlandsliebe“, wie es in der amtlichen Erklärung heißt, hat. Hier zeigt sich wieder deutlich die Vertreterpolitik der Reichsbannerführung und der Jungscharen an der werktätigen Jugend. Sie, die dauernd den „Kampf gegen den Faschismus und Militarismus“ im Munde und auf dem Papiere führen, lassen die Jugendlichen aus ihren Organisationen zusammen mit den faschistischen Organisationen als Kanonensfutter für den imperialistischen Krieg, für ein neues

Völkermorden auszubilden.

Die rote Jugendbetriebswehr von Stern wendet sich ausdrücklich an die Jungarbeiter im Betrieb und auf der Stempelstelle, an euch Junggewerkschafter und Reichsbannerleiter und Mitglieder der christlichen Jungscharen. Erhebt dagegen schärfsten Protest in euren Belegschafts-, Gewerkschafts- und Mitgliederversammlungen. Kämpft in der antifaschistischen Aktion, in roter Einheitsfront mit den revolutionären Jungarbeitern

- Gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen der Kapitalistenklasse!
 - Gegen Kriegsrüstung und imperialistischen Krieg!
 - Für Beseitigung des Arbeits- und Sportdienstes!
 - Für den Kampf um Arbeit und Brot!
- Die rote Jugendbetriebswehr von Stern.

Provisorischer Kampfausschuß begrüßt den Streik der Jungarbeiter

In der vor einigen Tagen stattgefundenen Sitzung des provisorischen Kampfausschusses von Groß-Breslau wurde folgende Entschließung für die streikenden Jungarbeiter angenommen:

Der provisorische Kampfausschuß von Groß-Breslau begrüßt den Streik der Jungerwerbslosen in den Zwangskursen in der Grünhener Straße 143. Er sieht in der Einrichtung der Zwangskurse eine Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht und einen weiteren Schritt zur politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung der proletarischen Jugend. Um so begrüßenswerter ist es, wenn die Jungerwerbslosen durch diesen Streik zeigen, daß die Kampfkraft ungebunden ist, und sie nicht gewillt sind, diese Hungermaßnahmen kampflos hinzunehmen.

Der provisorische Kampfausschuß von Groß-Breslau gelobt daher, diesen Streik mit allen Mitteln zu unterstützen und fordert alle Erwerbslosen in den anderen Zwangskursen auf, diesem Beispiel zu folgen. Ferner fordert er alle Jungarbeiter in den Betrieben auf, den Streik um die Forderungen der Jungerwerbslosen durch Solidaritätsaktionen zu unterstützen.

- Jungarbeiter, verbindet diese Solidaritätsaktionen mit euren täglichen Forderungen, mit den neuen Hungermaßnahmen der Kapitalisten und löst den Streik aus
 - Gegen jeden Pfennig Lohnraub!
 - Gegen jede Unterdrückung der proletarischen Jugend!
 - Für den Kampf der werktätigen Jugend, für Arbeit und Brot!
 - Nieder mit den Zwangskursen!
 - Nieder mit der Arbeitsdienstpflicht!
 - Nieder mit der Sportpflicht!
 - Wir fordern tarifliche Bezahlung für alle Arbeiten!
 - Jeder Betrieb, jede Berufsschule, jede Stempelstelle wählt Delegierte zur Jugend-Delegiertenkonferenz am 30. September.
- Proletarische Jugend von Breslau

50 Prozent Lohnabbau seit 1928

an uns Jungarbeitern, müssen selbst unsere Ausbeuter, die Kapitalisten, in ihrer Zeitung der „D.M.Z.“ zugeben. Jetzt will die Papen-Regierung das neue Raub-Programm an unseren Löhnen und Gehältern verwirklichen, das darf nicht sein. Wählt in euren Betrieben Delegierte zur Jugenddelegiertenkonferenz am 30. September.

Warum wurde Leutnant Scheringer Kommunist

Darüber spricht Genosse ~~A. Thomas~~, der zur selben Zeit wie Scheringer auf Festung war, am Dienstag, dem 27. September, um 20 Uhr, in der Margittischen Arbeiterchule, Marktstraße 21 III. Eintritt 15 und 10 Pfennig

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowitz in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fandrich, Berlin. — Für Illustrationen: Albert Gubler, Berlin. — Verlag: Deutscher Arbeiter-Verlag, Berlin.

Aus Waldenburg

Ermittlung mit Hilfe des Ueberfallkommandos

Gotteberg. Nachdem am 12. September die Ermittlung des Genossen Ulrich durch die Arbeiter verhindert worden war, ereignete sich am 17. September, früh 7.30 Uhr, acht Polizeibeamte die Wohnung ab. Dreihundert Arbeiter hatten sich eingefunden, die erzielten, daß der Fahrwerksbesitzer Nazi Schröder, Gotteberg, wieder nach Hause mußte. Nach kurzer Zeit traf das Ueberfallkommando aus Waldenburg mit 24 Mann Schupo ein, die mit Gummiknüppeln, Pistolen und Karabinern bewaffnet waren. Die Arbeiter wurden auseinandergetrieben, und selbst ein Arbeiter, der mit seinem Hund im Friedhof auf einem Grabhügel saß, wurde mit dem Gummiknüppel geschlagen. Mehrere Arbeiter, die sich auf die Breite Dan geschichtet hatten, wurde zugerufen, sie sollen zurückkommen, andernfalls geschossen wird. Der Nazi Schröder wurde mit seinem Führer wieder herangeholt und

unter 32 Mann Polizeischuß wurde die Wohnung des Genossen Ulrich geräumt und die Möbel in das leerstehende Gerichtsgefängnis gebracht, wo nun die vierköpfige Familie zwei Jellen von zusammen 17 Quadratmetern bewohnt. In diesem Gefängnis sollen noch zehn Familien untergebracht werden. Für diese ist ein Klosett vorhanden. Ein Waderaum ist wohl da, aber nicht hergestell.

Warum wurde Genosse Ulrich ermittelt? Weil er von der geringen Kräfteunterstützung nicht in der Lage war, seine Miete zu bezahlen. 11,75 Mark fehlten zum Nichtbezahlen der Mieteunterstützung. Anträge auf Mietenbeihilfe wurden bisher immer abgelehnt. Am 15. September soll er sich beim Wohnungsamt wegen Zuneigung einer Wohnung melden. Der Beamte mußte nachforschlich nichts davon. Die Wohnungskommission wollte schriftlichen Bescheid geben, worauf Genosse U. heute noch wartet. Arbeiter, die zur Räumung von dem Genossen bestellt waren, wurden von der Polizei abgewiesen. Auch die Delegation der Arbeiter, die mit dem Bürgermeister wegen einem Obdach für die Familie verhandeln sollte, wurde nicht zum Genossen Ulrich gelassen.

Wir sind von der „deutschen Republik“ schon allerhand gewöhnt. Nach der Verfassung steht jedem Deutschen eine menschenwürdige Wohnung zu. Ob dazu ansträngte Eisenbahnwagen, dumpfige Kellerhöfen und Gefängniszellen gehören, das zu beurteilen überlassen wir jedem denkenden Arbeiter.

Gegen dieses morsche, kapitalistische System den Kampf zu organisieren, ist das Gebot der Stunde. Erst in einem Sowjetdeutschland wird der Zustand beseitigt werden, daß Arbeiterfamilien in elenden Wohnhöfen zugrunde gehen, während die Nichtstuer Paläste bewohnen und ganze Villen leerstehen. Die russischen Arbeitbrüder haben diesem Uebelstand ein jähes Ende bereitet. Nehmt auch ein Beispiel an ihnen!

Verstärkt den Streikschuß an der Karlschütte!

Neußendorf. Der Firma Litzgmeier fiel es aus einmal ein, als die Arbeiter der Karlschütte streikten, ihre Arbeiter, die auf dem Bohnschacht in den Schlammteichen unter miserablen Lohn arbeiten, zum Streikbruch zu bewegen. Einige lehnten es sofort ab. Deshalb zu gehen, weil sie den Verlust am richtigen Fleck haben. Die Solidaritätsgefühl befehlen. Arbeiter der Firma Litzgmeier, laßt euch nicht als Spielzeug von eurem Arbeitgeber benutzen, sondern zeigt ihm, daß ihr gewillt seid, gegen Lohn- und Unterhaltungsanstrengung zu kämpfen, indem ihr euch einreißt in die Antifaschistische Front und gemeinsam kämpft mit allen Antifaschisten. Verstärkt den Streikschuß an der Karlschütte!

Schnellverfahren gegen Antifaschisten

Neußendorf. Vorige Woche standen 2 Genossen vor dem Schnellverfahren. Ihnen wurde zur Last gelegt, einen Nazi am zweiten Präsidiumswahltag verprügelt zu haben, was auf Unmoralität beruht und nicht nachsehen werden konnte. Doch dieser Nazi, der immer weicht, daß er sich vor zehn Marxisten nicht fürchtet, behauptete, daß ihn der Genosse Pohl und Genosse Springen am zweiten Sonntag gegen 2 Uhr überfallen hätten und ihn schwer verletzt hätten. Der Staatsanwalt schenkte diesem Nazisten Glauben, weil er es behauptet und beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen. Das Gericht ging doch herunter und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 Woche. Wieder ein Beweis, daß Antifaschisten bestraft werden, ob sie schuldig sind oder nicht.

Am selben Tage wurde gegen einige Reichsbannerkameraden verurteilt, die sich gegen die Provokation der Nazisten verteidigen wollten. Auch sie wurden verurteilt, beide zu je 3 Monaten Gefängnis. Die Proklatoren traten als Zeugen auf, und so gelangt der Klassenjustiz, Antifaschisten zu erheblichen Gefängnisstrafen zu verurteilen.

Arbeiter der SPD und Kameraden der Eisernen Front und des Reichsbanners, reißt euch ein in die Antifaschistische Aktion. Kämpft geschlossen gegen die Klassenjustiz, macht euch frei von der Politik der SPD. Holt euch Ausschluß in der Antifaschistischen Versammlung in Neußendorf, die noch öffentlich bekanntgegeben wird. Kämpft mit der Roten Hilfe!

Vor einer 400-Millionen-Pleite des Stahltruf

Daß der Stahltruf (Bereinigte Stahlwerke AG.) seit langem in die Krise verfallen ist, war bisher ein offenes Geheimnis. Schon vor einem Jahr hat der Redner der kommunistischen Reichstagsfraktion, Prof. Neubauer, im Reichstagsplenum vorgerechnet, daß der Stahltruf eigentlich mit 500 Millionen pleite ist. Befanntlich hat die Regierung Brüning-Dietrich unmittelbar vor ihrem Sturz schon eine erste Hilfsaktion vorgenommen, indem sie dem Truf 100 Millionen für seine Gelsenberg-Fergwerks-AG-Aktien zahlte. Jetzt aber läßt sich die riesige Größe der Pleite nicht länger verheimlichen.

Die Regierung Papen hat eine Kommission nach Düsseldorf geschickt, um die Lage des Stahltrufs zu untersuchen. Wie bürgerliche Presse berichtet, ist dabei festgestellt worden, daß

zur Sanierung der Stahltruf-Pleite eine Summe von etwa 340 Millionen Mark notwendig

ist, die nun wieder das Reich geben soll. Wahrscheinlich wird es aber noch einmal mit dieser Summe auskommen.

Die Pleite des Stahltrufs ist nur ein Ausdrück für die unerbittliche Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Der deutsche Kapitalismus geht vom Lebensmarc des arbeitenden Volkes, an die Klaffen leben wollen, nach der Kapitalismus herben!

Vor dem Sondergericht Liegnitz bestätigt:

Gewerkschaftsführer verhindern Streit bei Neuhof

Reichsbanner- und partellose Arbeiter vor dem Sondergericht in Liegnitz — Gewerkschaftsführer sorgten für „Ruhe und Ordnung“ — Ufert sagt: „Die Straße ist kein Kampfplatz, das ist Blödsinn“ Antifaschisten, kämpft mit der Roten Hilfe gegen die Sondergerichtsjustiz

Liegnitz. Sind Gewerkschaftsführer Unruhestifter? Nach einem Prozeß vor dem Sondergericht können nicht nur wir, sondern die gesamte Arbeiterchaft diese Frage mit einem klaren „Nein“ beantworten. Am dies aber festzustellen, braucht das Gericht eine ganze Woche. Angeklagt wegen Landfriedensbruch usw. sind die Gewerkschaftsangehörigen Ufert, Höer und Späte. Diese im Stadiparlament geachteten Herren sind der Räbelsführerschaft „verdächtig“. Außerdem stehen auf der Anklagebank die RW-Leute Moser, Krause, Alt, Goldschmidt und Elsner, die parteilosen Arbeiter Hauke und Gerschau, sowie der Nagelbauern Stessen. Letzterer wegen Waffenbesitz. Er hat nach einem Ueberfall einem dazukommenden Arbeiter mit einem Totschläger eine Wunde am Kopf beigebracht. Der verwundete Arbeiter gibt vor Gericht an, daß er nach dem Tage der Antifaschistischen Aktion angeschossen hat, weil er deren Wichtigkeit erkannte. (Bravo!) Der Anklage zugrunde liegen die Vorfälle am Sonntagabend, dem 25. Juni, im Zentrum der Stadt, wo es zu Reibereien der Eisernen Frontler mit den Nazis kam. Die Anklage geht von der Voraussetzung aus, daß dies „organisiert“ war. Wie

nommen wurde, können wir wegen Platzmangel nicht alles bringen, was zur Aufklärung über das Verhalten der Polizei, der Arbeiter-„führer“ und des Sondergerichts notwendig ist. Interessant aber dürfte die Aussage des Bürgermeisters sein, der als Leumund sageuge Herr Ufert als „ruhige Person“ bezeichnet, der nur manchmal ein „Draufsetzer“ ist. Einen Landfriedensbruch zu inszenieren, traut er U. nicht zu. Er bestätigt auch, daß

Ufert in kritischen Situationen vom Magistrat beauftragt worden ist, zu schlichten, und U. dies auch getan hat. Ufert rühmte sich dabei selbst, daß ihn mehrmals der Oberbürgermeister nach Neuhof geschickt hat, weil die Belegschaft in den Streit treten wollte.

Einmal wollte er ihm drei Polizeibeamte mitgeben, auf diese Begegnung aber hat Ufert mit den Worten verzichtet: „Ich werde allein fertig und ich habe es auch geschafft.“ Dafür hat er dann die vollste Anerkennung des Magistrats erhalten. Dies wieder von Zeugen bestätigt, ferner auch, daß Höer sich einer arbeiterfeindlichen Tätigkeit während des Rapp-Putsch rühmen kann, wo er für „Ruhe und Ordnung“ gesorgt hat im Verein mit dem Oberbefehlshaber.

Eine unruhliche Rolle spielen die beiden so bekannten Kommisare Peters und Schneider und der frühere Hauptwachmeister Kauffig. Wer ihre Aussage für bare Münze nimmt, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß es keine reineren Menschen gibt als diese drei. Die Aussagen der Polizei sind für die Proleten Einschauungsunterricht über das Benehmen „unserer Volkspolizei“, wie ja Ufert die Herren in Blau immer bezeichnet. Die Berichte in den verschiedenen Zeitungen über den Termin sind so erstunken und erlogen, daß die Proleten erkennen müssen, daß sie diese Blätter aus ihrer Wohnung schmeißen müssen. Zum Beispiel behauptet die Nazi-Zeitung, daß nach einem Zusammenstoß mit dem Vorstehenden fünf israelitische Verteidiger den Saal verließen. Der Richterstatter war vielleicht besoffen, weil er alles doppelt sah. Bei einem Zusammenstoß waren nur drei Anwälte anwesend. Von diesen drei „israelitischen Verteidigern“ ist einer der deutschnationalen Herr Tesmer und der andere der Vorstehende der Zentrumspartei Herr John. Herr Tesmer, der, wie er selbst vor Gericht sagt, dem Reichsbanner feindlich gesinnt ist, verteidigt seinen früheren Stadtverordnetenkollegen Höer sehr gut. In der Nazi-Presse heißt es weiter, daß „der Jude Goldschmidt als Draufsetzer“ sich betätigte und mit einem Stock schlug. Wahr ist, wie der geschlagene Zeuge Döhrring bekundet, daß er nicht mit einem Stock geschlagen wurde und von anderen, nicht aber von G. Der Verteidigung gelang es, Herrn Kommissar Schneider nachzuweisen, daß er nicht weniger als dreimal unwahre Behauptungen aufgestellt hat.

Der Staatsanwalt stellte folgende Strafanträge: Ufert 15 Monate Gefängnis, Höer 12 Monate Gefängnis, Späte 12 Monate Gefängnis, Moser 9 Monate Gefängnis, Krause 6 Monate Gefängnis, Hauke 9 Monate Gefängnis, Gerschau 6 Monate Gefängnis, Alt 6 Monate Gefängnis, Goldschmidt 6 Monate Gefängnis, Elsner 7 Monate Gefängnis, Nazi Stessen 1 Monat Gefängnis wegen Waffenbesitz.

Wir werden über die Verhandlung weiter berichten.



aber aus einem Rundschreiben des Reichsbanners, das verlesen wurde, hervorgeht, sollte wegen der Wahl das 3-Pfeil-Abzeichen auf der Straße spazieren getragen werden. In dem Rundschreiben und in jeder Versammlung wurde gesagt, daß auf keinen Fall Anrempelungen stattfinden dürfen. Es wird auch unter Beweis gestellt, daß Ufert mit einem Funktionär darüber gesprochen hat und erklärte, daß es Blödsinn ist, auf die Straße zu gehen, er ein prinzipieller Gegner davon und die Straße nach seiner Meinung kein Kampfplatz ist.

Damit ist bewiesen, daß Ufert, dieser Palastrevolutionär, den „Kampf“ gegen den Faschismus in der Gaststube des Volkshauses führt. Durch einige Zeugen wurde die Stimmung unter den Proleten bekannt. „Die Führer gehen mit dem Gehalt vorneweg, da sollen sie es auch dabei einmal tun.“ „Die Wozgen haben bloß ein großes Maul, sie sollen einmal vorangehen.“ Da in diesem Prozeß 81 Zeugen und ein Sachverständiger ver-

Vom Gemeindeparlament Ströbel

Die Mikrowirtschaft des SPD.-Gemeindevorsteher

Ströbel. Nach dreimonatiger Pause fand am Donnerstag, dem 22. September, wiederum eine Gemeindevertreterversammlung statt. Es hatten sich wiederum eine große Anzahl Zuhörer eingefunden. Bei Eröffnung der Sitzung drohte der sozialfaschistische Gemeindevorsteher Kubid den Zuhörern mit dem Hinauswurf, sofern ein Zwischenruf erfolgt. Als ein Zuhörer eine lächelnde Miene machte, erklärte Kubid, daß auch das Lächeln verboten ist.

Unter Punkt 4 wurde beantragt, einen Hausverwalter für die Gemeindehäuser einzuziehen. Dieser Punkt wurde nur mit den Stimmen der SPD-Fraktion angenommen. Wahrscheinlich soll wieder ein guter Freund des Kubid einen Posten erhalten. Ebenso wurde der Antrag „Einführung eines Wohlfahrtsbezogenen“ nur mit den Stimmen der SPD. angenommen. Bis zu diesen 4 Punkten konnte Kubid die Ruhe noch behalten. Der eingebrachte Antrag, daß die Gemeindevertretung beschließen solle,

Ausgaben, welche über 50 Mark liegen, darf der Gemeindevorsteher nicht vornehmen, ohne die Gemeindevertretung gehört zu haben,

brachte den Sozialfaschisten Kubid aus der Rolle. In einer ganz bemerklichen Art und Weise ging er gegen die Antragsteller vor. Daß dieser Antrag berechtigt war, bezeugen einige Beispiele aus der „sozialistischen Mikrowirtschaft“ des Sozialfaschisten Kubid. Eine Wohlfahrtspflegerin wurde angestellt, wofür die Gemeinde Gehalt zahlen mußte. Die Gemeindevertretung hat aber nie beschlossen, eine Wohlfahrtspflegerin anzustellen. Die Gemeindevertretung hat auch erst bei Rechnungsprüfung erfahren, daß die Gemeinde das Gehalt zahlen muß. Ebenso sind Neuanstellungen gemacht worden und Angestelltenmarken und Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 130 Mark gezahlt worden, worüber die Gemeindevertretung ebenfalls keinen Beschluß gefaßt hatte und nur durch die Rechnungsprüfung hiervon Kenntnis erhielt. Obwohl der SPD.-Gemeindevorsteher all diese Dinge bekannt sind und der SPD.-Gemeindevorsteher Jeppich in der letzten Sitzung erklärte, daß er es begrüßen würde, wenn ein solcher Antrag eingebracht würde und dafür stimmen würde, stimmte er mit der gesamten SPD-Fraktion dagegen. Als ihm über sein Verhalten Vorhaltungen gemacht wurden, erklärte er, daß er Kubid in seinen Aussagen keine Beschuldigungen machen will.

Im letzten Punkt gab Kubid einen Bericht über die vielen Beschwerden, welche über ihn bei seiner vorstehenden Behörde eingegangen sind. Obwohl auf Grund der Protokolle feststeht, daß es vorgekommen ist, daß anlässlich der letzten Wahl noch nicht Wahlberechtigten gewählt haben und in zahlreichen anderen Beschwerden durch Zeugen festgestellt worden ist, daß die Beschwerden zutreffend sind und der Landrat in seinem Protokollbericht betont, daß er Kubid nach dem gerichtlichen Verfahren auch noch büßgeldmäßig zur Verantwortung ziehen wird, bringt es der Sozialfaschist Kubid fertig, in aller Offenheit zu behaupten, daß alle Beschwerden nur lauter „Verleumdungen“ waren.

tofolle nicht vorgelesen? Mit meinerlicher Stimme betonte Kubid, daß es nur noch ein paar Wochen sind, die er regiert.

Die Arbeiterchaft wird sich dieses Verhalten der SPD-Fraktion merken. Ein großer Teil der Zuhörer, welche die SPD-Vertretung gewählt haben, erklärten nach der Sitzung, daß sie niemals die SPD-Vertreter wieder wählen werden, da das Verhalten derselben alles andere aber nur nicht Interessenvertretung der Arbeiterchaft ist.

Ein Jugendheim der SAJ. wird geweiht

(Arbeiterkorrespondenz)
Sophienau. Trotz 13 Jahre schwarz-rot-goldener Verfassung (Artikel 122) müssen sich die Jugendorganisationen, wenn sie eigene Heime haben wollen, diese selbst errichten. So auch die hiesige SAJ. Am Sonntag fand nun die Einweihung desselben statt, wozu man sich gleich Kanonen heranzog. Allen voran von der Arbeiterwohlfahrt Anja Marie, die sich freute, in dieser schlechten Zeit einen „Lichtblick“ in diesem Heime zu sehen. Vom Kam pf keine Spur. Auch bei dem Herrn Herzberg, der seinen Saal vom Papier ablas, fand man nur starke Worte, aber keinen konkreten Ausweg. Der Bezirksjugendleiter wollte alles wieder weit machen. Er zeigte ungewollt ihre bisherige Verratspolitik. Er erwähnte unter anderem den „denkwürdigen 20. Juni!“ Vor diesem Tage hätte man bei den Behörden noch etwas übrig gehabt, aber jetzt zeigt man ihnen die kalte Schulter, was ein jochartiges „Nun!“ hervorrief. Daß wir als Kommunisten aber auf diesen Staatsstreich antworteten, indem wir die gesamte Arbeiterchaft zum Streik dagegen aufriefen, verdammt er. Neben sind bei diesen Panzerkreuzer-, Konfessions- und Toleranzsozialisten immer billig. Er wandte sich gegen den Vorwurf, daß sie nicht „national“ wären und erinnerte dabei an den 1. August 1914, wo es keine Parteien, sondern nur Deutsche gab. Auch war er vor dem Arbeitszwang; verdammt er aber wiederum, daß er schon perfekt ist, und sie den Weg dazu geebnet haben. Selbst den Altmeister Karl Marx verleugnete er, indem er als Schlusswort aus dem „Arbeiterprogramm“ F. Lassalles ein Zitat vorlas. Der Parteivorstehende rühmte sich, daß sich 31 Kinder in die Kaitengruppe gemeldet hätten. Wir jagten den Arbeitereltern, nicht bei Spiel und Tanz können eure Kinder die Not und das Elend erkennen; hier hilft nur die tägliche Aufklärung, der außerparlamentarische Kampf der Jugend mit den Erwachsenen. Erst im Kampf werden wir ein sozialistisches, freies Deutschland erringen!

„Potempa“

ist die neue Broschüre, die die wahren Vorgänge bei der Ermordung des Arbeiters Pietzsch schildert und hinter die Kulissen des deutschen Faschismus leuchtet! Jeder Werktätige muß sie beschaff lesen und kann sie bei allen Rotblenden erwerben!